

Volksmacht

Inseratsgebühr die sechs gespaltenen Zeilen oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen 12—1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 2537

Nr. 84.

Danzig, den 16. Oktober 1912.

3. Jahrgang.

Ein königliches Versprechen.

An einem Königswort soll man nicht drehen und deuteln. Sonntag, den 20. Oktober, sind vier Jahre darüber verflossen, daß in einer preußischen Thronrede die Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts als

eine der dringendsten Aufgaben der Gegenwart

bezeichnet wurde. Das feierliche Versprechen der Thronrede ist bis heute nicht erfüllt worden. Was man den rechtlosen Massen mit albernem Ausflüchten immer noch verweigert, müssen sie sich allen Widerständen zum Trotz erkämpfen.

Sonntag, den 20. Oktober,

dem Gedenktage des nichteingelösten Königswortes, finden in ganz Preußen Wahlrechtsversammlungen statt. Die Volksmassen müssen abermals und mit erneuter Kraft bekunden, daß sie es müde sind, sich am Narrenseil herumzuführen, sich bis in alle Ewigkeit von brutalen Junkern und hochmütigen Bürokraten verhöhnen zu lassen.

Was ist liberal?

Die in Leipzig erfolgte Gründung eines liberalen Arbeitervereins hat manche liberalen Führer schier aus dem Häuschen gebracht. Sie sehen den Himmel voller Geigen und hoffen, es sei der Anfang gemacht, mit einer allgemeinen Abkehr der Arbeiterchaft von der Sozialdemokratie und ihrer reumütigen Rückkehr zur Gefolgschaft des Liberalismus, zu dem sie eigentlich gehörten und dem sie nur durch die Agitation Lassales vor 50 Jahren absperrig gemacht worden seien. Unter den Jubelstößen, die aus diesem Anlaß in der „entschiedenen“ liberalen Presse verbrochen worden sind, fällt ein in der Zeitschrift März erscheinender durch besonderen Ueberschwang der Gefühle auf. Wie sich bei einem Liberalen von selbst versteht, führt er den Abfall der Arbeiter vom Liberalismus nur auf taktische Fehler der liberalen Parteien zurück und beschwört deshalb diese, jetzt um des Himmels willen keine neuen Fehler in der Behandlung der Arbeiter zu machen, denn „er (der Liberalismus) und das deutsche Volk braucht für die Gestaltung der Zukunft die Unterstützung derer, die mit Mut und Gläubigkeit erkämpfen wollen, weil ihr eigenes und das Schicksal ihrer Kinder nur gewinnen kann, wenn der Liberalismus zum Siege kommt.“

Hiermit soll also gesagt sein, die deutsche Arbeiterchaft könne nur gewinnen, wenn der Liberalismus zum Siege kommt. Angeichts solcher Behauptung dürfte es angebracht sein, die Frage, was eigentlich liberal ist und welche Ziele der Liberalismus erstrebt, einmal wieder aufzurollen.

„Daß der Liberalismus etwas mit Freiheit zu tun habe, ist das offenkundigste Kennzeichen seines Wesens, wie auch das Wort liberal auf den lateinischen Namen liber — frei zurückzuführen ist.“ Der Liberalismus will seinem Wesen nach Freiheit für möglichst viele Menschen schaffen.“

Das ist die Erklärung, welche die nationalliberale Partei in ihrem politischen Handbuch vom Begriff des Liberalismus gibt. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß die Freiheit nicht ohne Gleichheit bestehen kann; denn die Unfreiheit besteht ja eben darin, daß der Unfreie nicht die gleichen Rechte genießt, wie der Freie. Freiheit und Gleichheit, gleiches Recht für alle haben deshalb von jeher als Prinzipien des Liberalismus gegolten.

Das, wie gesagt, geht aus dem Text des nationalliberalen Handbuchs hervor. Aber sonderbar, die Nationalliberalen will der März nicht mißspielen lassen. „Das Verhalten der Nationalliberalen“, schreibt er, „angefangen beim Sozialistengesetz bis auf die heutige Zeit in der preußischen Wahlrechtsfrage, oder in der Behandlung und Förderung der gelben Gewerkschaften, hat doch zu sehr das notwendige Maß an sozialpolitischem Verständnis für die moderne Arbeiterbewegung vermissen lassen, als daß es möglich gewesen wäre, auch sie als gleichwertige liberale Partei anzuerkennen.“ Er hätte die Liste getrost noch weiter ausdehnen können. Sie fängt nicht erst beim Sozialistengesetz an, sondern schon beim Kulturkampf, ja schon bei der Gründung der nationalliberalen Partei in der Behandlung der Militärfrage. Ebenso haben in der Sozialpolitik usw. usw. die Nationalliberalen stets an der Seite der Konserverativen gegen Freiheit und Gleichheit gekämpft.

Aber steht es denn mit den Fortschrittlern, den angeblich „entschiedenen“ Liberalen anders? Auch sie haben im Kulturkampf gerade die gehässigsten Gesetze gegen die Meinungsfreiheit und Rechtsgleichheit unterführt; auch sie haben beim Sozialistengesetz zum mindesten eine höchst zweideutige Rolle gespielt, desgleichen beim Militär 1902; auch sie haben in den Grundfragen aller praktischen Politik, den Militär- und Steuerfragen, mitgeholfen, die Macht der Regierung gegenüber der Volksvertretung zu stärken, also nicht die Freiheit, sondern die Unterdrückung des Volkes zu fördern.

Nun wird der März vielleicht meinen, das gehöre eben zu den Fehlern, die der Liberalismus früher begangen habe und die er

ihn beschwöre, jetzt zu vermeiden. Das kann aber nicht ganz stimmen, denn erstens hat gerade in der Militärfrage die Fortschrittspartei neuerdings auch ihre frühere Scheinopposition aufgegeben und ist offen an die Seite der Regierung getreten; sie hat also nicht begreifen wollen — daß die Frage, ob stehendes Heer oder Volkswehr, keine Frage der Landesverteidigung, sondern eine Frage der Machtverteilung zwischen Regierung und Volk ist, also eine Frage der inneren Politik, die der Liberale, wenn er wirklich die Freiheit des Volkes erstrebt, nur zu gunsten der Volkswehr entscheiden dürfte. Zweitens ist dem März gerade dies das Wertvolle an dem liberalen Arbeiterverein, daß er „national“ ist, und unter „national“ versteht man bekanntlich heutzutage ausschließlich die hurramäßige Bewilligung der Militärforderungen. Drittens aber — tamm man denn wirklich im Ernst behaupten, daß der Liberalismus, der „entschiedene“ sowohl wie der „gemäßigte“, seine ganze Haltung nur aus Zufall, nur aus einem taktischen Mißverständnis ablehne?

50—60 Jahre ist es jetzt her, daß Friedrich Julius Stahl, der Begründer der konservativen Partei, an der Berliner Universität seine Vorlesungen über „die gegenwärtigen Parteien in Staat und Kirche“ hielt. Es sei erlaubt, die folgenden zwei kurzen Stellen daraus hier anzuführen:

„Die liberale Partei behauptet die Volkssouveränität insoweit, daß der König nicht von Gottes Gnaden, sondern durch den Willen des Volkes sei, daß die Regierung sich nicht nach dem Willen des Königs, sondern nach dem Willen des Volkes zu richten habe, also insoweit, daß am König nicht eine höhere Autorität über ihn bestehe. Allein, wenn es nun darauf ankommt, daß gesamte Volk gleichmäßig zur Herrschaft zu berufen, auch innerhalb des Volkes nicht eine Klasse der Autorität der andern zu unterwerfen, da verläßt sie diesen Gedanken, sie beruft zur Herrschaft nur die Vermöglichen, Gebildeten, d. i. eben nur sich selbst. — Ebenso behauptet die liberale Partei den Gedanken der Gleichheit gegen den Adel. Allein, soll die Klasse der Besitzlosen dieselben Rechte mit ihr erhalten, dann gibt sie den Gedanken auf und macht politisch-rechtliche Unterschiede zugunsten der Vermöglichen.“

Und weiter schreibt Stahl: „Wenn der Wille des Menschen die einzige berechtigte Macht in der gesellschaftlichen Ordnung ist, warum bloß der Wille der Begüterten und Gebildeten? Ist der besitzlose Arbeiter weniger Mensch? Wenn die Majorität derjenigen, die 1000 Franken Steuern zahlen, Herr im Staate sein soll, warum nicht die noch größere Majorität derjenigen, welche nur 100 Franken oder gar keine Franken zahlen? — Daher der Vorwurf, welcher der liberalen Partei überall von der demokratischen gemacht wird, daß sie gegen ihre Grundsätze handle für ihre Vorteile.“

Büßte man nicht genau, daß diese Sätze vor bald zwei Jahrzehnten geschrieben sind, so würde man glauben, sie stammten von gestern oder heut. Sind doch die Vorwürfe, die Stahl vor 60 und mehr Jahren gegen die liberalen Parteien erhob, genau dieselben, die wir noch heute gegen sie erheben müssen! Und nicht nur das: damals gab es in Deutschland noch keinen herrschenden Liberalismus, Stahls Vorwürfe richteten sich gegen den Liberalismus in Frankreich. Beweist das nicht, daß der Liberalismus auf einer gewissen Höhe seiner Entwicklung und Machtentfaltung sogar in verschiedenen Ländern die gleiche Haltung einnimmt? Und ist damit nicht erwiesen, daß diese Haltung — weit entfernt, von Zufälligkeiten und Personen abzuhängen — vielmehr aus der inneren Natur des Liberalismus entspringen muß?

Es ist auch bezeichnend, daß der alte Stahl diese innere Natur des Liberalismus schon ganz genau gefasst hat, indes seine heutigen Jünger darüber immer noch im Dunkeln tappen. Wie jede andere Partei, ist auch der Liberalismus die politische Vertretung einer bestimmten Interessengruppe: er vertritt das besitzende Bürgertum. Dieser Interessen wahrzunehmen, ist seine erste und eigentliche Lebensaufgabe. Deshalb verlangt er in allen Ländern das gleiche Recht, solange noch Vorrechte des Adels bestehen; denn solche sind den Interessen der Bourgeoisie abträglich. Sobald aber das Bürgertum diesen Kampf gewonnen und die Vorrechte des Adels beseitigt hat, tritt die Bourgeoisie die Herrschaft an, und dann denkt sie im Traume nicht daran, auch ihre eigenen Vorrechte zu beseitigen und das gleiche Recht auch für den Arbeiter zu fordern. Im Gegenteil, sie jagt ihre Herrschaft durch ein neues System ungleicher Rechte, und Sache des Liberalismus ist es dann, diese neuen Vorrechte gegen das Proletariat zu verteidigen. So war es vor 100 und vor 50 Jahren in Frankreich, so ist es heute in Deutschland.

Wer diese Zusammenhänge kennt, wird die Haltung der Liberalen in der praktischen Politik ohne weiteres verstehen, und wird die Phrase, als ob das Schicksal der Arbeiter durch den Sieg des Liberalismus gewinnen können, nach ihrem wahren Werte einschätzen können.

Schädigung der Nation durch Streiks.

Das es heute noch Leute gibt, die hinter jedem Streik die Hydra der Revolution erblicken, ist bekannt. Unzählig sind diejenigen, die noch glauben, Streiks ziehen für die Arbeiter wie für die Gewerbe und schließlich für die ganze Volkswirtschaft bedeutenden Schaden nach sich. Wäre letzteres der Fall, dann müßte es mit unserer industriellen Entwicklung recht schlimm stehen. Es ist aber nicht so. Man kann sehr auf den Nachweis liefern, wie Streiks der — wenn man den Ausdruck gebrauchen will — nationalen Arbeit förderlich gewesen sind. Der durch Streiks und Lohnbewegungen erzielte Mehrlohn, die erkämpfte Arbeitszeitregelung, sowie die durch die Kämpfe gewonnene Stabilität in Erwerbsfragen hat der nationalen Arbeit nur nützen können. Tarifverträge, paritätische Arbeitsnachweise, die Unterhaltung von Arbeitslosen und Kranken durch die Gewerkschaften, die Stärkung der Moral in der Arbeiterchaft, alles das sind Dinge, die dazu

beigetragen haben, daß Deutschland heute auf eine so glänzende industrielle Entwicklung zurückblicken kann.

Wer kein Ignorant ist und wen der Haß gegen die Gewerkschaften nicht die richtige Ueberlegung geraubt hat, wird diesen Erfolg der Arbeiterbewegung einsehen. Wie jämmerlich einzuschätzen sind doch die fortwährenden Versuche, immer wieder die Streiks als nationales Unglück zu bezeichnen. Sie wären es, wenn den berechtigten Forderungen der Arbeiter freiwillig Rechnung getragen würde, so aber stände es schlimm um die Millionen Arbeiter, wollten sie auf die Waffe des Streiks verzichten. Heute ist es doch so, daß die Gewerkschaften jeden Fußbreit Boden, der zum wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterklasse führt, erkämpfen muß. Also: Streiks sind notwendig, will die Arbeiterklasse wirtschaftlich vorwärts kommen.

Wie erbärmlich die Feinde der Arbeiter die Gewerkschaften und die Streiks in Mißkredit zu bringen suchen, dafür gibt ein Artikel ein Schulbeispiel ab, den wir in der letzten Nummer der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung finden. In diesem Artikel wird im langen und breiten auf die Schädigung der nationalen Arbeit durch Streiks hingewiesen. Und als hauptsächlichstes Argument gegen Streiks wurden die Zahlen der verlorenen Arbeitstage infolge der Ausfälle angeführt. Innerhalb zwölf Jahren seien 47 Millionen Arbeitstage durch Streiks verloren gegangen.

Wir bemerken, daß jetzt auch die christlichen Gewerkschaftsblätter anfangen, sich derselben Waffe gegen die freien Gewerkschaften zu bedienen, als das genannte Scharfmacherorgan!

Wie steht es nun mit dem angezogenen Beispiel? Es gehen infolge des Streiks der Volkswirtschaft Arbeitstage verloren. In den letzten zwölf Jahren waren es 47 Millionen Tage, im Jahre 1911 allein 6 864 240 Tage! „Welcher Müßiggang!“ „Welches Unglück für die Industrie!“ So schreien die Arbeiterfeinde auf. Aber diesem „Müßiggang“ und diesem „Unglück“ kann wirksam entgegengewirkt werden, wenn man sich mehr dazu bequemen würde, den Arbeiterwünschen Rechnung zu tragen. Aus Vergnügen streiken Arbeiter nicht. Also, schädigen die Ausfälle — was noch bewiesen werden muß — die nationale Arbeit, dann sind die Verantwortlichen für diese Schädigung doch jene Leute, die den Arbeitern den redlichen Anteil am Arbeitsertrag und Arbeitsvertrag vorenthalten.

Doch einige Bemerkungen zu der Zahl der verloren gegangenen Arbeitstage. Die Herrschaften, die sich nach jedem Streik hinsetzen und solche Berechnungen wie oben anstellen und ausnützen, sollten sich einmal hinter den Studierrisch setzen und nachrechnen, wieviel Tage der nationalen Arbeit der Volkswirtschaft verloren gehen, weil man es für gut hält, der Arbeiterklasse in ihrem wirtschaftlich-kulturellen Aufstieg hindernd in den Weg zu treten. Und wie es ferner an dem nötigen Schutz fehlt, den die Arbeiter und ihre Familien verlangen können. Wir weisen auf die Unfallziffern hin. Im Jahre 1910 wurden bei den Berufsgenossenschaften nicht weniger als 672 961 Unfälle angemeldet. 8857 Arbeiter verunglückten tödlich, 1072 wurden durch Unfall völlig erwerbsunfähig, 47 696 teilweise und 74 439 Arbeiter vorübergehend erwerbsunfähig. Die Deutsche Arbeitgeberzeitung und die schlauen Christenführer, die über die verlorenen Arbeitstage beim letzten Bergarbeiterstreik jammern, mögen einmal nachrechnen, wieviel Unfälle hätten vermieden werden können, wenn den Arbeitern der nötige Schutz gewährleistet worden wäre? Wir behaupten, die Hälfte Unfälle, die tödlichen, die schweren wie die leichten, hätten sich vermeiden lassen, wenn man in dem Arbeiter mehr den Menschen gesehen hätte, mehr das Subjekt, nicht das Ausbeutungsobjekt.

Würden wir annehmen, daß allein von den getöteten 8857 Arbeitern die Hälfte ihr Leben behielten, und nehmen wir weiter an, daß diese Leute im Durchschnitt noch zehn Jahre gelebt hätten, dann kommen mehr als 16 000 000 gewonnene Arbeitstage heraus.

Im Jahre 1910 kamen insgesamt in den deutschen Krankenkassen 5 712 293 Krankheitsfälle mit insgesamt 113 530 003 Arbeitsstagen, für die Krankengelder bezahlt wurden, vor. Wer will bestreiten, daß bei gefundenen Arbeitsverhältnissen sich nicht die Hälfte der Krankheiten verhindern lasse? Selbstverständlich gehört dazu auch, daß der Arbeiter sich kräftig nähren und gut wohnen kann und daß er sich sonst sonst berechtigterweise das leisten kann, was seine Gesundheit aufrechterhält. Die verbleibende Krankheitsziffer wäre dann immer noch hoch. Rechnen wir denn noch die verlorenen Arbeitstage hinzu, die durch Unfall verursacht wurden, und für die die Krankenkassen später nicht mehr aufzukommen hatten, dann stehen die Dinge so, daß der Volkswirtschaft jährlich auch hier 50—60 Millionen Arbeitstage gespart werden können. Wollen sich die Unternehmerhöflichkeit nicht einmal hinsehen und die Lebensdauer der Arbeiter mit der der Vieh- und Pflanzenerzeugnisse der besten Stämmen vergleichen? Was da an Tagen, Jahren und Leben den Arbeitern gestohlen wird, schreit zum Himmel! Und alles das infolge der kapitalistischen Ausbeutung!

Und wieviel Verunsoliden laufen nicht herum, die infolge schwerer und ungesunder Arbeit sich krank, oft in den jungen Jahren, haben niederlegen müssen. Millionen und Abermillionen Tage lassen sich auch hier herausholen, die der nationalen Arbeit in einzelnen Jahren verloren gehen. Und wenn die Frauenarbeit und Frauenausbeutung siche und gesunde Frauen zu Tausenden schafft, und wenn Rot und Armut tausende Wöchnerinnen frühzeitig sterben läßt und wenn schließlich derselbe Jammer uns die hohe Kindersterblichkeit in der Arbeiterklasse bringt, was ist das weiter als kapitalistischer Raub am Menschenleben und an der Volkswirtschaft zugleich.

Das ist sicher, die Gewerkschaftskämpfe, wie der wirtschaftlich-politische Kampf der Arbeiter überhaupt verhindern vieles, sonst lähe es noch schlimmer aus.

Wir gehen nicht fehl, wenn wir schreiben, daß der moderne Arbeiterkampf — sozial, politisch, geistig und wirtschaftlich — der Volkswirtschaft jährlich mehr Arbeitstage erspart, als durch die Streiks verloren gehen. Dabei wird noch der Schaden, den die Streikstage bringen und soweit sie als verlorene Arbeitstage zu buchen sind zum Teil nach dem Streik wieder weit gemacht. Und denken nicht die Schmöker daran, was die Gewerkschaften und die

Sozialdemokratie nachholen müssen bezüglich der Erziehung der Arbeiterklasse. Wissen sie nicht, wie erbärmlich diese Erziehung vor sich geht, die gleichfalls sich später an der Volkswirtschaft rächt? O, das wissen die literarischen Klopfflechter sehr wohl. Aber ihnen kommt es nicht darauf an, der Wahrheit die Ehre zu geben, und der nationalen Arbeit wirklich zu dienen. Ihnen geht die Verleumdung der kämpfenden Arbeiterklasse über alles. Deshalb auch das Geschrei über die durch Streiks verlorenen Arbeitstage.

Zur Teuerung.

Die nationalliberale Fraktion des Preussischen Landtages und die Teuerung.

Die Abgeordneten Dr. Friedberg und Schiffer haben namens der nationalliberalen Fraktion folgende Interpellation im Preussischen Abgeordnetenhause eingebracht:

Ist die königliche Staatsregierung in der Lage, darüber Auskunft zu erteilen, a) in welcher Art und mit welchem Erfolge die von ihr angekündigten vorübergehenden Maßregeln gegen die Inflationssteigerung zur Ausführung gelangt sind, b) welche Maßnahmen sie im einzelnen zur Steigerung der inländischen Fleischproduktion zu treffen gedenkt, um der Fortdauer oder baldigen Wiederkehr der Fleischteuerung vorzubeugen?

In der Nationalliberalen Korrespondenz wird die Interpellation mit Erläuterungen versehen, die den Zweck haben, die Agrarier zu beruhigen, und die Regierung halb um Entschuldigung zu bitten. Von Agrariern wird berichtet, daß die nationalliberale Partei den Vorschlägen über Öffnung der Grenzen, Zollsenkung usw. eine dauernde Wirksamkeit gegen die Fleischteuerung nicht zuschreibt, daß sie diese vielmehr nur in einer Verminderung der heimischen Produktion erblickt. Der Regierung aber wird versichert, sie habe bisher schon Ansehnliches geleistet, dem die Anerkennung nicht verweigert werden soll. Stare Leute diese Nationalliberalen, Junfer und Regierung können ihre Freude an ihnen haben.

Agrarier und Fleischteuerung.

Unter dem Vorwort des Grafen von Schwerin-Löwis hat die händige Kommission des Landesökonomie-Kolloquiums bei der Teuerung belächelt und in einer Resolution unter großer Bedauern ausgedrückt, daß die Regierung Maßnahmen zur Milderung der Fleischteuerung ergreifen hat; es sei aber doch zu beklagen, daß die Regierung wenigstens den Paragraph 12 des Fleischbeschaugesetzes nicht geändert hat. In einer Aufhebung des Paragraph 12 müßte verlangt werden, das ganze Fleischgesetz zu befestigen. Die preussische Landwirtschaft hat bereits den fortgeschrittenen Fortschritten der Produktion auf dem Schutzmärkte durch feste Lieferungsverträge mit der Stadt ersehnen oder anderen Kooperationen zu einem weiteren, die Produktionskosten deckenden Einkommen für mehrere Jahre zu gelangen. Zugunsten bestehen die Agrarier, daß die Einführung von Getreide nicht gestattet werden dürfe. In einer weiteren Resolution wird die Regierung ersucht, dem Landwirt einen Gehaltsschutz vorzulegen, durch welchen den Landwirten die Verluste ersetzt wird, um Inzucht der Zucht und Fütterung der Tiere wichtiger Lebensmittel vorzuziehen zu lassen, nach denen die Handelsverträge auf Erfordern der Volkswirtschaften maßhaltig, Auskünfte zu erteilen lassen.

Politische Übersicht.

Die schwarze Schutztruppe des Dreiklassenwahlrechts.

Der Abgeordnete Julius Bachem hat im Reichstag die Rede gehalten über die schwarze Schutztruppe des Dreiklassenwahlrechts. Nach seiner Meinung soll sich das Zentrum um die Einführung eines dreiklassenwahlrechts gegen die preussische Wahlreform wanden. Der Abgeordnete Bachem hat es jetzt schon klar, daß das Zentrum in dieser Hinsicht mit den Quäntern, den alten Bundesgenossen der Sozialdemokratie, operieren muß. Der schwarze Soldat, der es beklagt, daß die Sozialdemokratie nicht klar ist, ist der Arbeiter, der sich nicht scheut, sich zu erklären. Dieser Arbeiter hat sich schon im Reichstag über die schwarze Schutztruppe geäußert.

Die schwarze Schutztruppe des Dreiklassenwahlrechts wird durch die Sozialdemokratie unterstützt. Die Sozialdemokratie wird durch die schwarze Schutztruppe des Dreiklassenwahlrechts unterstützt. Die Sozialdemokratie wird durch die schwarze Schutztruppe des Dreiklassenwahlrechts unterstützt.

Die Sozialdemokratie wird durch die schwarze Schutztruppe des Dreiklassenwahlrechts unterstützt. Die Sozialdemokratie wird durch die schwarze Schutztruppe des Dreiklassenwahlrechts unterstützt. Die Sozialdemokratie wird durch die schwarze Schutztruppe des Dreiklassenwahlrechts unterstützt.

Die Sozialdemokratie wird durch die schwarze Schutztruppe des Dreiklassenwahlrechts unterstützt. Die Sozialdemokratie wird durch die schwarze Schutztruppe des Dreiklassenwahlrechts unterstützt. Die Sozialdemokratie wird durch die schwarze Schutztruppe des Dreiklassenwahlrechts unterstützt.

Deutschland.

Neue Dokumente zur Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums.

In Münster verurteilten die Pflegerer ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen etwas aufzubessern. Die Unternehmer verhielten sich ablehnend und erklärten, daß sie nicht nötig hätten, nachzugeben, da der Magistrat auf ihrer Seite stünde. Die Arbeiter traten in den Ausstand. Darauf brachte die Münsterische Zentrumspreste die Aufforderung, daß der Magistrat sämtliche Pflegerarbeiten bis nach Beendigung des Streiks zurückgestellt habe und fügte die höhnische Bemerkung hinzu, hoffentlich würde das die Streikenden veranlassen, sich auf friedlichem Wege mit den Unternehmern zu einigen. Zur Beruhigung des christlichen Bewusstseins fügte sie hinzu, daß die Streikenden den freien Gewerkschaften angehörten. Letzteres war eine Unwahrheit. Auch christlich Organisierte hatten die Arbeit niedergelegt, aber — der Zweck heiligt die Mittel.

Mit der Zurückziehung der städtischen Pflegerarbeiten begnügte sich aber der Magistrat nicht. Die Arbeiter, die in Angriff waren, wurden durch städtische Arbeiter fertiggestellt, bezw. mußten die Pflegerarbeiten durchführen. Auch das genügte dem Magistrat noch nicht. Einem Unternehmer, der sich mit seinen Arbeitern geeinigt hatte, wurden keine weiteren Arbeiten zur Ausführung überwiesen mit der Begründung, erst müsse der Streik auf bei den anderen Firmen beigelegt sein. Trotzdem nun auch christlich organisierte Arbeiter von dieser magistratlicherseits betriebenen Ausgliederung betroffen wurden, hörte und sah man nicht, daß die christlichen Arbeiter-Stützorden irgend etwas unternommen hätten. Das Kartell der freien Gewerkschaften richtete deshalb eine Eingabe an das Stadtratskollegium, worin nach eingehender Begründung der Arbeiterforderungen, auf das eigenartige Verhalten des Magistrats hingewiesen und das Kollegium ersucht wurde, zu beschließen, den Magistrat zu erwidern:

1. In Kämpfen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen strikte Neutralität zu wahren.
2. Die durch die Steigerung der Arbeiterlöhne bedingte Erhöhung der Tagelohnsummen für städtische Arbeiten zu berücksichtigen.
3. Städtische Arbeiten und Lieferungen nur an solche Firmen zu vergeben, die die in den betreffenden Gewerben abgeschlossenen Tarifverträge anerkennen.
4. Zur Durchführung und Beobachtung dieser Maßnahmen ist eine Kommission zu wählen, bestehend aus Mitgliedern des Magistrats und des Stadtratskollegiums, unter Hinzuziehung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, welche von den in Frage kommenden Organisationen vorgeschlagen werden.

Man hätte nun erwarten sollen, daß die Zentrumskommunisten von Münster diesem billigen Verlangen der Arbeiter entgegenkämen. Nach all den Erbeiter- und Katholikentagsreden und Resolutionen gewiß eine berechnete Erwartung. Aber, in Münster hörten die frommen Zentrumsherrn die Klagen der Arbeiter mit offener Ruhe an und warfen sie in den Papierkorb. Nicht eine Stimme erhob sich, um dafür einzutreten, daß auch der Arbeiter ein Recht habe, seine Lage zu verbessern. Die Herren waren samt und sonders damit einverstanden, daß der Magistrat den Unternehmern beifällig gezeigtes war, die Arbeiter niederzuringeln. Aber das Überraschende war: Auch die christlichen Arbeitervertreter schwiegen. Auch sie waren mit dem Verhalten des Magistrats einverstanden. Christlich organisierte Arbeiter müssen draußen in der Fremde für sich und ihre Familie Unterhalt suchen, weil eine fromme Zentrumskommunistenvermittlung städtische Arbeiter zum Streikband kommandiert. Christliche Arbeiterführer aber, die von ihren Kollegen in das Stadtratskollegium gewählt sind, im Vertrauen darauf, daß sie an dieser Stelle für sie eintreten, schweigen in dieser Hinsicht der Arbeiterrechte, nur um sich nicht die Gunst der Herren zu verlohren. Es geht eben in den christlichen Gewerkschaften umher wie in der modernen Arbeiterbewegung, während hier die Arbeiter nur durch das Vertrauen der Arbeiter getrennt, sich zu helfen und helfen zu können, ist es dort die Gunst der kirchlichen Herren, Fabrikanten, Bürgermeister, Schulräte und Beisitzer, die den Weg nach oben ebnet. Eben christliche Arbeiterführer erst einmal in der Reihe dieser Kommissare, dann tragen sie den Teufel nach der Not ihrer ehe- und alle ihre Klagen. Das hat sich in Münster wieder gezeigt. Und noch ein anderes hat sich dort gezeigt. Die Arbeiter, die vom Zentrum für in ihrem Kampfe um Gleichberechtigung, um Steigerung ihrer Lage ermuntert und vertreten und verkauft, sind nunmehr zurückgelassen dem Zentrum.

„Parasiten und Hinzüger.“

Es handelt sich um die Pflichten des christlichen Arbeitgebers. Die Pflichten des christlichen Arbeitgebers sind die Pflichten des christlichen Arbeitgebers. Die Pflichten des christlichen Arbeitgebers sind die Pflichten des christlichen Arbeitgebers.

Die Pflichten des christlichen Arbeitgebers sind die Pflichten des christlichen Arbeitgebers. Die Pflichten des christlichen Arbeitgebers sind die Pflichten des christlichen Arbeitgebers. Die Pflichten des christlichen Arbeitgebers sind die Pflichten des christlichen Arbeitgebers.

Die Pflichten des christlichen Arbeitgebers sind die Pflichten des christlichen Arbeitgebers. Die Pflichten des christlichen Arbeitgebers sind die Pflichten des christlichen Arbeitgebers. Die Pflichten des christlichen Arbeitgebers sind die Pflichten des christlichen Arbeitgebers.

Die Pflichten des christlichen Arbeitgebers sind die Pflichten des christlichen Arbeitgebers. Die Pflichten des christlichen Arbeitgebers sind die Pflichten des christlichen Arbeitgebers. Die Pflichten des christlichen Arbeitgebers sind die Pflichten des christlichen Arbeitgebers.

schienen lassen, die das gleiche Bild wie auf dem Flugblatt, als Titel- und Deckzeichnung trägt. Er geht mit den Gelben scharf ins Gericht. Aber Seite für Seite zeigt es sich auch hier, daß alle Schilderungen über die Gelben sich ganz besonders auf den von Imbusch mitgeleiteten Gewerksverein christlicher Bergarbeiter übertragen lassen.

Eine solche Broschüre zu schreiben, ohne daß ihm die Schamröte über die Verrätereien des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter ins Gesicht steigt, kann auch nur ein Heinrich Imbusch.

Aus der gelben Schule geplaudert

hat der Macher eines Rundschreibens, das von dem gelben Blatt „Der Werkverein“ an Geschäftslente in Essen versandt wurde und folgenden Inhalt hat:

„Wenn Sie Wert darauf legen sollten, als Kaufmann die kaufkräftigen Angehörigen der hiesigen und nachbarlichen großindustriellen Werke zu gewinnen, so empfehlen wir Ihnen die Aufgabe eines laufenden Inserats in unserer Zeitschrift „Der Werkverein“. Das Blatt gelangt regelmäßig in 45 000 Exemplaren zur Verbreitung, davon allein 12 000 Exemplare nur in Essen. Unter den hiesigen Lesern befinden sich vorwiegend die gutsituierten Werkmeister- und Beamtenfamilien der Firma Krupp.“

Bei Aufgabe eines Inserats würden wir Ihnen gerne vorteilhafte Placierung sowie äußerste Rabattsätze einräumen.

Hochachtungsvoll
Der Werkverein, Abteilung für Anzeigen.“

Es ist ja schon längst bekannt, daß in der „gelben Bewegung“ Werkmeister und Beamte die erste Geige spielen und daß Arbeiter „nig lau leggen“ haben. Hier wird es in einem Anfall von Ehrlichkeit auch einmal von gelber Seite eingestanden.

Ein „christliches Judengeheiß“.

Die bayerische Abgeordnetenkammer bewilligte am Dienstag voriger Woche einstimmig die erste Rate von 3 Millionen Mark für die Mainkanalisation von Aschaffenburg bis Hanau. Von den Rednern der Linken wurde über die Langsamkeit des Ausbaues bayerischer Wasserstraßen lebhaft Klage geführt. Zum Schluß der Sitzung gab Genosse Luer eine Erklärung ab gegen die größte landwirtschaftliche Genossenschaft, die Heimische Zentrale in Regensburg. Luer warf der Genossenschaft vor, daß sie, obwohl sie das Vorrecht eines gemeinnützigen Unternehmens beanspruche und genieße, unlautere Spekulationen treibe. Sie habe die vorjährige Futtermittelnot ausgebeutet zu riesigen Gewinnen und auch zu Provisionen für leitende Persönlichkeiten. Auch habe sie die Eisenbahnverwaltung durch falsche Deklarationen getäuscht. Luer zitierte die Aufzählung eines Abteilungsleitenden der Zentralgenossenschaft. „Die Zentralgenossenschaft sei ein in christliche Nächstenliebe eingewickelter Judengeheiß.“ Durch diese Erklärung wurde der zweite Vorsitzende der Zentralgenossenschaft, der Zentrumskommunist Josef, so aufgeregt, daß er unseren Redner wiederholt Feigling schimpfte und zweimal zur Ordnung gerufen werden mußte.

Herzle-Terrorismus.

In einer Beleidigungsklage der Führer des Herzlederbundes gegen den Kölner Arzt Steckmeß wurde festgestellt, daß durch den Leipziger Verband Material gegen die „Streikbrecher“ gesammelt wird, um sie gesellschaftlich und wirtschaftlich zu schädigen. Dieses Material wurde, angeblich ohne Wissen des Leipziger Verbandes, von einem Kölner Arzt dem dortigen Oberbürgermeister zur Verfügung gestellt. Mehrere Ärzte der Ortskrankenkasse wurden des Diebstahls, der Nötigung, unfittlicher Attentate usw. bezichtigt. Wegen formaler Beleidigung wurde Dr. Steckmeß zu 75 Mark Strafe verurteilt.

Der bestrafte Oberlehrer.

Der Oberlehrer Wolff vom Gymnasium in Neumünster hat anlässlich des Sedantages eine Festrede gehalten, die deutlich eine scharfe Kritik des Krieges darstellte. Wegen dieser Rede, die unter den Kriegsheeren einen Sturm der Entrüstung auslöste, leitete das Ministerium ein Verfahren gegen den Lehrer ein, das folgendes Ergebnis zeitigte: Verweis in scharfster Form, zugleich mit der Anstrengung eines Disziplinarverfahrens auf Amtsentsetzung, falls er sich ein ähnliches Vergehen wieder zuschulden kommen lasse, und Entziehung eines Teiles seines Unterrichts.

Ausland.

Abbruch der Friedensverhandlungen zwischen der Türkei und Italien.

Der Temps meldet aus Rom den Abbruch der Verhandlungen, weil die Türkei in dem von Reschid Pascha überbrachten Friedensentwurf wesentliche Änderungen vorgenommen hätte. Giolitti untersagte den italienischen Delegierten die Weiterverhandlung und erklärte, wenn die Türkei nicht die sofortige Verhandlung und erklärte, wenn die Türkei nicht in die sofortige Annahme wüßte, werden die Feindseligkeiten auf das energischste aufgenommen werden. Die Differenzen seien nicht, wie die Türken behaupten, finanzieller Natur, sondern betreffen die Funktionen des türkischen Vertreters in Tripolis. Italien werde keinesfalls in der Adria und an der albanesischen Küste operieren. Falls aber die Bulgaren Erfolge erringen, würde eine Landung in Griechenland und Kleinasien nahe den Dardanellen und eine griecho-italienische Kooperation ins Auge gefaßt.

Australien.

Gegen den Geburtenrückgang. Der Bundesstaat hat in dritter Lesung das Minderjahrsengesetz angenommen, das eine Prämie für jedes Kind verspricht, das in Australien von weißen Eltern geboren wird.

China.

Den Jahrestag der Revolution beging man am Freitag in ganz China mit großen Festlichkeiten. Die ganze Bevölkerung befindet sich in Begeisterung. Die Einmütigkeit der Bevölkerung wird als bedeutsames Zeichen angesehen. Beim Präsidenten fand nach der Truppenparade ein Empfang statt. Die Festlichkeiten sollen drei Tage dauern.

Marokko.

El Hiba wiegelt weiter auf. Aus Triefen erfährt man, daß die Harka von Tadia infolge der Intrigen des früheren Kaisers Triari sich neu bildet. El Hiba, der sich bei Agadir befindet, hat, so fern, die Stämme aufzuwecken, um eine Harka neu zu bilden.

Mexiko.

Beim Auffande. Nach einem Telegramm aus Mexiko schlugen die Aufständischen am Mittwoch die Bundestruppen bei Escuintla. Die Bundestruppen sollen etwa hundert Tote gehabt haben.

Kleine politische Nachrichten.

Reichstagspräsident Kämpf

hat sein Mandat niedergelegt. Gegen die Gültigkeit seiner Wahl war seitens der sozialdemokratischen Partei Protest erhoben worden. Kämpf ist in der Stichwahl mit 5588 Stimmen gegen den sozialdemokratischen Kandidaten Düwvel, welcher nur 5579 Stimmen auf sich vereinigte, gewählt worden. In der Wahlprüfungskommission waren schon einige Stimmen für ungültig erklärt, und für weitere Protestpunkte Beweiserhebung beschlossen worden. Offenbar ist die Beweiserhebung zu Ungunsten Kämpf's ausgefallen und hat derselbe daher gar nicht erst einen Beschluß der Wahlprüfungskommission abgewartet und sein Mandat niedergelegt.

Es hat daher im ersten Berliner Wahlkreise, einer derjenigen, welcher bei der letzten Wahl heftig umstritten wurde, eine Neuwahl stattgefunden. Die Nachwahl findet voraussichtlich noch vor dem 12. Januar statt, was der Fortschrittlichen Volkspartei bei der Nachwahl zugute kommen könnte, da dann die Wahl nach den alten Listen erfolgt. Der Reichstag wird demnach bei seinem Zusammentritt wieder einen neuen Präsidenten zu wählen haben.

Der frühere Staatssekretär des Reichsjustizamts Nieberding ist gestorben. Nieberding hat 16 Jahre an der Spitze des Reichsjustizamtes gestanden. Verkündeter Jurist durch und durch, erzielte für ihn nur das, was in den Akten stand. Wenn er im Reichstage die Angriffe unserer Genossen auf die Klassenjustiz abzuwehren suchte, kam er über einige nichtsagende Redensarten nicht hinaus, da er auch kein gewandter Redner war.

Für den verstorbenen Landtagsabgeordneten Bellasohn (Fortschrittliche Volkspartei) wurde am 10. d. Mts. für den Wahlkreis Magilno-Wongrowitz der Justizrat Barwald-Bromberg in den Landtag gewählt.

Die serbische Skupschtina (Landesparlament) ist am 24. dieses Monats zusammengetreten.

Die Drangsalierung der Berliner Feuerwehrleute. Die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei im preussischen Abgeordnetenhaus beabsichtigt, die Drangsalierung der Berliner Feuerwehr zum Gegenstand einer Interpellation zu machen.

Danzig.

Der reformierte Leihamtswucher.

Ein leuchtendes Beispiel für die im Danziger Rathaus übliche Sozialpolitik ist die Stellungnahme der städtischen Dreiklassigen zum Leihamte. Es soll die Opfer der göttlichen Bestimmung, die ihr Leihes verloren haben, wenigstens vor der Ausbeutung durch die privaten Pfandleiher schützen.

Nun wurden darin vorwiegend ältere Beamte und Angestellte beschäftigt. Dadurch, daß sie in Pension gingen, stiegen die Ausgaben so sehr, daß sie die Einnahmen erheblich überschritten. Die Leihgebühr von 12 Prozent genügt deshalb nicht mehr zur Deckung der Unkosten. Die fürsorglich das Allgemeinwohl schützende Stadtverwaltung verließ die Armen aber nicht. Sie trug sich mit der nur noch unverständlicheren Absicht, das Leihamt eingehen zu lassen, wenn es seine Ausgaben nicht selbst deckte! Die ganz ausgeplünderte Armut sollte also auch noch die Pensionen der Beamten bezahlen, die vorwiegend in anderen Teilen der städtischen Verwaltung ihre Dienstzeit verbraucht hatten.

In dieser kritischen Zeit herrschte der Freisinn im Rathaus noch allein. Was er wollte, das geschah unbedingt. Aber kein freisinniger Freund der Armut forderte die Selbstverständlichkeit, daß die Stadt, die die Reichen so vielfach subventioniert, auch einige tausend Mark für die wirtschaftlich zusammengebrochenen gab. Der freisinnige Chefredaktor Dr. Herrmann, der im Kuratorium des Leihamts sitzt, beantragte selbst die Erhöhung der Zinsen von 12 auf 18 Prozent! Dafür berief er sich dann auf die Absicht seiner Parteifreunde, das Leihamt andern Falles eingehen zu lassen. Der Mann tat aber ungeheuer entriistet, als die Sozialdemokratie und ihre Presse den tatsächlich beschlossenen 18 Prozent-Leihamtswucher gebührend brandmarkt.

Die fortgesetzte sozialdemokratische Kritik führte dann im Frühjahr dieses Jahres dahin, daß die 18 Prozent endlich auf 15 Prozent herabgesetzt wurden. Und ausgerechnet gerade zur Stadtverordnetenwahl kommt gar die frohe Botschaft, daß die Zinsen in nächster Zeit wieder auf 12 Prozent sinken sollen. Der das zuerst verkündete, war Herr Dr. Herrmann. Er wollte dadurch beweisen, wie ungerecht er und die liberale Stadtverwaltung von der bösen Sozialdemokratie beurteilt worden seien.

Die Danziger Zeitung macht dann noch nähere Mitteilungen über die neueste Leihamtsreform. Sie ist durchaus würdig der 18prozentigen Auswucherung der Armen. Herr Dr. Herrmann hat gewiß nur zufällig bei seinen schwarzblauen Blodfreunden im Kaiserhof vergessen, den ganzen Umfang der Reform mitzuteilen. Formell soll allerdings der Zinssatz von 15 auf 12 Prozent ermäßigt werden. Dafür soll jedoch eine Pfandscheingebühr neu eingeführt werden! Durch die Herabsetzung der Zinsen von 18 auf 12 Prozent verringerte sich die Einnahme um 4400 Mark. Die Pfandscheingebühr soll 1 Prozent des Pfandgeldes jedoch nicht

mehr als 30 Pfennig pro Schein betragen. Erlöscheine für in Verlust geratene Kosten sogar 50 Pfennig. Auf diesem Wege sollen den Armen jährlich wieder 3000 Mark abgetropft werden! Die Herabsetzung der Zinsen erfolgt also nur scheinbar. An der Methode der sozialen Fürsorge, der sich das Leihamt bisher erfreute, wird so gut wie garnichts geändert. Der Freisinn wird trotzdem die Genehmigung haben, daß auch seine zentrumskonservativen Bundesgenossen dieser Reform freudig zustimmen.

Haftpflicht der Stadtgemeinde wegen verschmutzter Straßen.

Die Haftpflicht der Gemeinde für Schäden durch die Verkehrsunfälle auf ihren Straßen greift stets durch, wenn ein mangelhafter Zustand der Straße ein Verschulden hat. Diese Haftpflicht beruht auf den Paragraphen 89, 91 und 823 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Sie wird auch dann ausgelöst, wenn die Straßen durch Verschmutzung für den Verkehr gefährlich geworden sind und dadurch ein Unfall entstanden ist. Mit einem solchen Rechtsstreit hatte sich unlängst das Reichsgericht zu befassen. Der Major R. führte eine Batterie durch eine Straße in U. Er ritt vor der Batterie her. Plötzlich glitt sein Pferd mit den Hinterbeinen auf einer Wulst aus, die sich zwischen dem Asphalt und dem Straßenbahngeleise befand. R. fiel vom Pferde und brach sich ein Fußgelenk, wodurch seine Pensionierung bedingt wurde. Wegen der Unfallfolgen hat er gegen die Stadtgemeinde U. Klage auf Schadenersatz erhoben und dafür Beweis gestellt, daß der Unfall auf den Zustand zurückzuführen sei, in dem sich die Straße damals befand. — In einem Vorprozeß ist die Stadtgemeinde U. verurteilt worden, 1827 Mark zu zahlen. Daraufhin hat der Kläger Feststellungsklage auf Ersatz allen ihm noch entliehenden Schadens erhoben. Landesgericht und Oberlandesgericht haben den Anspruch des Klägers dem Grunde nach als berechtigt anerkannt. Das Oberlandesgericht nimmt ohne neue Beweiserhebung Bezug auf das zwei Jahre früher ergangene Urteil des Vorprozesses, wo folgendes zur Begründung des Urteils ausgeführt worden ist: Das Abrutschen des Pferdes ist auf das fortwährende Ueberziehen des Asphalts mit Schmutz zurückzuführen, wodurch die Straße glitschig geworden ist. Das ist ein von der Stadt zu vertretender Mangel. Die Reinigung der Straße ist Pflicht der Stadtgemeinde. Dieser Pflicht sind die Beamten der Beklagten nicht in genügender Weise nachgekommen. Es ist festgestellt, daß der Schmutz 3/4 Zentimeter hoch mehrere Wochen vor dem Unfall vorhanden war. Bei gehöriger Ausdehnung der Ueberwachungsspflicht hätte dieser Zustand schon vor dem Unfall entdeckt werden müssen. Der Mangel der Ueberwachung ist auf den Tiefbauinspektor zurückzuführen. Für das Verschulden aber haftet die Stadtgemeinde nach den Paragraphen 89, 91 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Auf Grund dieser Ausführungen des Vorurteils erklärt das Oberlandesgericht, daß eine neue Beweiserhebung nicht nötig sei, und daß es aus denselben Gründen den Anspruch des Klägers anerkennt. — Das Urteil des Oberlandesgerichts wurde von der Stadtgemeinde beim Reichsgericht angegriffen. Die Revision der Beklagten rügte besonders, daß das Gericht sich nur auf die Beweisaufnahme im Vorprozeß erinnert und dann dieselbe Begründung des Vorprozesses verwendet hat. Die Revision hält das nicht für zulässig und führt aus, das Oberlandesgericht hätte den Sachverhalt aufs neue vortragen lassen müssen. Das Reichsgericht hat die Revision zurückgewiesen und das Urteil des Oberlandesgerichts bestätigt.

Der Bettel für das Englische Haus.

Im historischen Interesse wurde das Englische Haus in der Brokhäntengasse in diesem Frühjahr für den überaus hohen Preis von 110 000 Mark von einem Charlottenburger Spekulanten durch die Stadt angekauft. 30 000 Mark deckten davon einige 20 Danziger Kapitalisten, die zu diesem Zweck binnen 24 Stunden 32 600 Mark zusammenlegten. Deshalb sang ihnen der Oberbürgermeister hohe Loblieder vom opferwilligen Bürgersinn. Dann wurde festgestellt, daß der stützende Ausbau des Hauses weitere 100 000 Mark kosten würde. Fröhlichen Mutes versicherte man im Rathaus, daß die Steuerzahler dadurch nicht belästigt werden würden. Der opferwillige Bürgersinn der treuen Freunde der Vaterstadt würde sich auch weiter glänzend betätigen. Es begann eine Riesensammlung für den Ausbau. Ein Künstler zeichnete ein besonders ganz jugkräftiges Festschloß, das fast überall um Moneten schwirte. Nun sind schon mindestens vier Monate ins Land gegangen und noch immer hat sich der opferwillige Bürgersinn nicht eingefunden. 12 522 Mark sind die ganze Einnahme, die bis jetzt zu verzeichnen ist. An den notwendigen 100 000 Mark fehlen also, nach Abzug der Unkosten, noch gut 90 000 Mark. Nachdem sich der erste Eifer mit so wunderbarem Erfolge gelegt hat, ist nicht zu erwarten, daß die Sammlungen noch ein nennenswertes Ergebnis bringen. Der Appell an den historischen Kunstsin der Begüterten hat eben so kläglich Bankrott gemacht, wie die berühmte Heinrich-Chiers-Stiftung.

Es wird nicht zu lange dauern, und die städtischen Steuerzahler werden den metallischen Nachgeschmack des opferwilligen Bürgersinns der oberen Tausend sehr merklich zu spüren bekommen. Das Geld dafür wird trotz der schlechten Finanzlage der Stadt sicher wieder übrig sein.

Unsere Stadt mit ihrem lebhaften Verkehr auf der Mottlau und Weichsel wird von zahlreichen Personenzügen durchschnitten.

Erfreulicherweise sind Unfälle im Fahrbetriebe wenig zu verzeichnen, welches größtenteils auf die Gewissenhaftigkeit der Fahrer zurückzuführen ist. Dennoch wollen wir nicht unterlassen, auf einen schweren Uebelstand aufmerksam zu machen, um einem größeren Unglück vorzubeugen. Mit der Fahrverbinderung vom Holm nach dem Milchpeter werden täglich morgens zehntausend bis zwölftausend Kinder befördert, um den Schulunterricht zu besuchen. Der Fahrmann benutzt leider in der Regel nicht das amtlich zulässige Führboot, sondern ein bedeutend kleineres und weniger tragfähiges Privatboot. Die in der Nähe der Fähre arbeitenden Arbeiter haben wiederholt beobachtet, daß die im Boot sitzenden Kinder sich nicht immer ganz ruhig verhalten, sondern aus Uebermut mit der Hand im Wasser plätschern. Die Kinder sind sich häufig der Gefahr nicht bewußt, in der sie schweben bei ihren Redereien. Gerät solches Boot in den Wellenschlag eines vorüberfahrenden Dampfers, so kann das größte Unglück passieren. Wir möchten, um diesem vorzubeugen, die verantwortlichen Instanzen darauf aufmerksam machen, damit die bestehende Gefahr so schnell als möglich beseitigt wird, ehe das Unglück eingetreten ist.

Umzugsmeldung. Nicht selten versäumen unsere Mitbürger nach beendetem Umzug, die neue Wohnung auf ihrem Polizeibureau anzumelden, besonders, wenn sie im Bezirk deselben Quartiers bleiben. Abgesehen davon, daß diese Unterlassung den Behörden viele Schreibereien und Nachforschungen verursacht, ersparen sich die Beteiligten selbst manche Nachteile, wenn sie ordnungsgemäß ihre neue Wohnung anmelden. Die vielen Mängel in den Wählerlisten — wir erinnern an die letzte Reichstagswahl — haben zu einem guten Teil ihren Ursprung in den mangelhaften Wohnungsangaben. Darum säume nicht, wer seinen Umzug noch nicht angemeldet hat, ihn jetzt noch schleunigst seinem Polizeivertreter anzuzeigen.

Dabei sei auch besonders darauf hingewiesen, daß deutliche Schrift von Personen- und Straßennamen und Vermeidung von Abfälschungen dringend erforderlich ist. Nur so können bei den zahlreichen ähnlich oder gar gleichlautenden Straßenschildern Danzigs Verwechslungen vermieden werden.

An die Gewerbeinspektoren sowie die Polizei-Behörde möchten wir das dringende Ersuchen richten, die Abortanlagen der Klavierhäuser West auf Strohdele, einer Prüfung zu unterziehen, da dieselben nach unserer Ansicht in keiner Weise den hygienischen Verhältnissen entsprechen. In den Abort, der versehen mit Fensterzähnen, in welchem die Scheiben fehlen, tritt der Regen ungehindert ein. Natürlich werden dadurch die Sitzbretter naß, daß teilweise die Arbeiter es vorziehen, ihre Notdurft „hintern Zaun“ zu verrichten. Die Fenster und Tür der Wohnung des Tischlermeisters auf dem Werftshof liegen nach dem Abort zu. In der Wohnung sind außer der Frau ältere Kinder und zwei Lehrlinge zur Erlernung der Damenschneiderei, welches Geschäft die Frau des Tischlermeisters betreibt. Der Blick in den Raum ist unbehindert und halten wir es für selbstverständlich, daß hier sofort Remedur geschaffen wird.

Auf Beschluß der Leuerungskommission und des Magistrats haben sich am Montag Herr Schlachthofdirektor Arens und Herr Obermeister Emil Liede nach Ruckland begeben, um zu versuchen, für die Stadt Danzig möglichst billig frisches und gutes Rind- und Schweinefleisch einzukaufen. Ueber den Erfolg werden wir in einigen Tagen berichten.

Die besten Suppen

erhalten Sie aus

MAGGI'S Spargel-Suppe

Geflügel-

Rudel- (Fadennudeln)

Erbs mit Schinken-

Rumford-

Grünkern-

Sternchen-Suppe

usw. (Mehr als 40 Sorten).

10 Pfg. der Würfel

für 2-3 Teller

Man achte auf den Namen **MAGGI**

und der Schutzmarke 

Solche Kleinbetriebe sind absolut nicht in der Lage, eine wesentliche Vervollkommnung ihrer Erzeugnisse zu erreichen, weil sie sich nicht aller modernen und kostspieligen Einrichtungen und Hilfsmittel bedienen können.

Hollando-Margarine

aus dem Großbetrieb ist und bleibt

konkurrenzlos,

das beweist der kolossale Umsatz in diesem Jahre, der alle vorangegangenen bei weitem übertrifft.

Täglich frischer Ausblick feinsten Tafelmargarine zu

1.00 Mk., 90, 80 und 70 Pfennig pro Pfund nur im

Danziger Margarine-Spezialhaus „Hollando“

Alexander Weichbrodt

Hauptgeschäft: An der Markthalle, Eingang Häkergasse und Verkaufsstellen in Danzig und Vororten.

Das Problem

der Butter- und Margarine-Fabrikanten.

haltbare und einwandfreie Qualitäten

herzustellen, ist allein durch den **Großbetrieb** gelöst worden.

Jede Hausfrau wird wissen, daß **Butter aus dem Kleinbetrieb**, wenn auch, wie man sagt, frisch aus dem Butterfaß, **sehr schnell wegen ihrer geringen Haltbarkeit verbraucht werden muss**, wenn man nicht über Nacht eine arge Enttäuschung erleben will.

Dasselbe gilt für die Margarine-Kleinbetriebe.

Tilsiter Käse . vollfett und pikant Pfund **65 70** und **75** Pfg.

Rügenwalder Landwurst hart und weich Pfund **90** Pfg.

Köstliche Marmelade Eimer 2 Pfund **48** Pfg.

Wirklich zufrieden

ist jeder, der seine

Anzüge, Ulster und Hosen

im Spezial-Haus

Louis Israelski, Danzig, Kohlenmarkt Nr. 11,
kauft.

Herren-Anzüge ein- und zweireihige
Fassons **17.50, 23, 28, 33 bis 55** .M

Herren-Ulster wunderbar gearbeitet, engl.
Schnitt **22, 29, 34 bis 60** .M

Winterjoppen, warm gefüllt, auch **Pelzjoppen**
enorm billig.

Herren-Paletots marengo, gem.
Eskimo, hochschick **23, 27, 35 bis 58** .M

Gehrock-Anzüge für Trauung und
Gesellschaft, mit
Seidenspiegel **30, 37, 41 bis 60** .M

Für den Schulanfang:
Knaben-Anzüge von **2.50** .M an. **Hosen** von **90** .S an

Jünglings-Ulster entzückende Neu-
heiten von **19.50** .M an

Jünglings-Anzüge aparte Neuheiten
modernste Fassons von **17.50** .M an

Einzelne Herren-Hosen, gemust. u. gestreift
à **3.50, 5, 6, 7.50, 8, 9 bis 15** .M

Stadt-Theater.

Dienstag, den 15. Oktober 1912, abends 7 1/2 Uhr
Außer Abonnement. P. P. C. I.

Hinter Mauern.

Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr. Außer Abonnement. P. P. D. I. **Der fliegende Holländer.**

Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr. Außer Abonnement. P. P. F. I. **Der liebe Augustin.**

Freitag, abends 7 1/2 Uhr. Außer Abonnement. P. P. A. H. **Der liebe Augustin.**

Sonntag, abends 7 1/2 Uhr. Abonnements-Vorstellung. P. P. B. II. **Romeo u. Julia.**

Ausführliche Theaterprogramme à 10 Pfg. im Theater-Büchlein.

Musik

zu allen Festlichkeiten stellt billig
Eduard Wischniewski, Pfeifer,
III. Damm 18, I. Etage.

Feinsten Sauerkohl,
pr. Pfd. 10 Pfg.

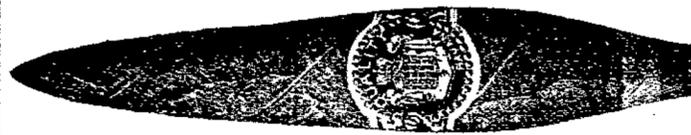
Dillgurken, pr. Stück 6 - 10 Pfg.
Sämtliche Hülsenfrüchte
in bester Qualität.

Rügenwalder Rippspeer
pr. Pfd. 65 Pfg.

Kleinfleisch pro Pfd. 30 Pfg.

Julius Schnell,
Meisereibefugter,
Schüffeldamm Nr. 38.

Sehr günstige Offerte.



Hiermit will ich allen
Rauchern beweisen, daß Sie
bei mir wirklich billig und
gut kaufen. Ich offeriere
ein Kistchen von 50 Stück
feiner Zigarren „Flor de
Jsla“ mit Ring, Größe wie
Abbildung, für nur 1,90 Mk.,
und sofort zu bestellen. Preisliste gratis.

P. Pokora, Zigarren-Fabrik, **Neustadt Westpr. Nr. IIIA.**
Gegründet 1888. — Ueber 200 Arbeiter.

Mein Friseurgeschäft be-
findet sich vom 1. Oktober
Lischergasse Nr. 27
W. Schreiber.

Vorzüglien, garantiert reinen
- Schnupftabak -
empfiehlt
Eug. Seilin, Schüffeldamm 56.

Sohn: ridentl. Eltern, der Luft hat
d. Bäckerei zu erlernen, kann sich m.
(3 Jahre Lehrz. auf Meist. Kosten.)
H. Purwin, Baumgartweg 14.
Kleine Wohnung 3. verm. Matten-
buden 19 20

Möbel

in jeder Stilart und Preislage.

Kompl. Wohnungseinrichtungen

von **200 bis 15000** Mark.

Anzahlung von **10** Mark an.

Einzelne Schränke, Vertikos, Spiegel, Bett-
stellen, Tische, Stühle, Sofas, Garnituren etc.

Anzahlung von **2** Mark an.

Das vornehme Kredit-Haus

Nicolaus Pindo Nachf.

M. Grau

Danzig, Holzmarkt 4

Ausstellung 100 Musterzimmern

4 Holzmarkt 4

Part.: I., II., III., IV. Etage

Fahrstuhl nach allen Etagen.

rechtfertigt die Bezeichnung „vornehm“
nach jeder Richtung hin
durch seine vornehme Neugestaltung,
durch seine vornehme Geschäftsführung,
durch seine vornehme Bedienung.

Beamten

und Kunden

ohne

Anzah-

lung.

Damen-Konfektion

Entzückende Formen
und wundervolle Stoffe:

Kostüme, Mäntel,

Ulster, Jacketts,

Röcke, Blusen,

Pelzkragen, Muffen

etc. etc.

von **3** Mark Anzahlung an.

Herren- Garderobe

in moderner und
eleganter Ausführung:

Paletots, Ulster,

Jackett-Anzüge

mit gestreifter Hose,

Gehrock-Anzüge,

Knaben-Anzüge

von **3** Mk. Anzahl. an.

Teppiche

Läufer, Steppdecken,
Chaiselonguedecken,
Tischdecken, Tüchdecken,
Gardinen, Künstler-
Gardinen, Stores,
Kleiderstoffe,
Bettbezüge etc. etc.

Gratis-Zugaben.

Diskrete Lieferung frei Haus.

Grosse Demonstrations-Versammlungen

Sonntag, den 20. Oktober, in ganz Westpreußen.

Tagesordnung: Wahlrechtskampf, Teuerung und Kriegswirren.

Genossen! Sorgt für massenhaften Besuch!

Der Völkermord auf dem Balkan.

Das Kriegsgespinnst, das schon seit Wochen unheimlich seine Krallen über die Völker des Balkans ausgebreitet hatte, ist zur grauenhaften Wirklichkeit geworden.

Die heutigetierigen Despoten der Kleinstaaten stehen vereint im offenen Kampfe gegen das Islamitische Reich, um diesem, wenn möglich, den Garaus zu machen und die Macht der Osmanen, wenigstens auf europäischen Gebiete zu brechen.

Seit mehr als hundert Jahren gärt und brodet es da hinten im Orient. Europa ist aus den Balkanwirren, mit kurzen Unterbrechungen, nicht herausgekommen. Immer ist es Rußland gewesen, das den Frieden auf der Balkanhalbinsel gestiftet hat. Der letzte russisch-türkische Krieg im Jahre 1877 war der fünfte zwischen den beiden Mächten seit dem Frieden von Kainardshi (1774).

Die Politik Rußlands war und ist ein fortgesetztes Intriguenspiel gegen den „kranken Mann“ am Goldenen Horn; von einer Unehrlichkeit durchtränkt, wie sie auch nur von Rußland betrieben werden kann. Die russischen Agenten und Spitzel waren fortgesetzt tätig, um revolutionäre Erhebungen unter den Balkanvölkern gegen die Herrschaft der Osmanen in Szene zu setzen. Mächtig zieht es dem russischen Bär nach der Wunderstadt Konstantinopel, die ihm als der fetteste Bissen erscheint, der ihm je vorgekommen. Jahrhundertlang übte die Metropole des sagenumwobenen Orients eine unübersehbare Anziehungskraft auf den Zarismus aus. Als Katharina II. auf ihrer Reise durch Südrußland begriffen war, ließ sie an die Landstraße, die nach der Türkei führte, einen Wegweiser setzen mit der Inschrift: Weg nach Konstantinopel. Dies zeigt unzweideutig, in welchen Linien sich die russische Politik bewegt, von der Regierungszeit Peter des Großen an bis auf den heutigen Tag.

Ein Blick in das politische Testament dieses russischen Fürsten genügt, um die politische Konstellation zu erklären.

Der Artikel 9 dieses Testaments lautet:

„Wir müssen soweit als möglich gegen Konstantinopel und Ost-Indien vorrücken. Wer dort regiert, wird in Wahrheit der Herr der Welt sein. Deshalb müssen wir fortwährend Kriege erregen, bald mit der Türkei, bald mit Persien usw.“

Dieser Staatsgrundsatz Peters des Großen ist von seinen Nachfolgern, den despotischen Zaren, bis auf den heutigen Tag getreulich befolgt worden. Die Aufstachelung und Verhetzung der Balkanvölker durch das russische Intriguenspiel, hat ja keine Früchte getragen, wie der jetzige entsetzliche Krieg wieder beweist. Stück um Stück hat man der Türkei abgezungen, um der Osmanischen Herrschaft in Europa in Ende zu bereiten. Gewiß ist, daß hinter den Kriegserklärungen der Kleinstaaten gegen die Türkei die russische Diplomatie steht. Rußland trägt Verlangen, die Dardanellen in Besitz zu nehmen, um den Schlüssel für das Mittelmeer und damit die Bewegungsfreiheit für seine Schwarze-Flotte zu gewinnen. Natürlich wird das Vorgehen der Kleinstaaten von seiten Rußlands mit dem Ausnahmschilde des Christentums zu überdecken gesucht. Man gibt vor, daß unter der Gewaltherrschaft der Osmanen die christlichen Völker des Balkans arg zu leiden hätten. Dabei vergißt man aber, daß es kein schamloser und niederträchtigeres Staatsregime gibt, als das russische. Rußland ist der Hart der brutalsten Unterdrückung irgend welcher Volksfreiheiten. Ein blutiger Hohn ist es auf die Kultur, wenn die russischen Henterskräfte der Welt vorzugaukeln versuchen, in der Türkei Ordnung zu schaffen. Die gesamte zivilisierte Welt muß ob dieses Vorgehens in ein Hohn-gelächter einstimmen.

Offenbar glaubt man, durch den Raubzug Italiens in Tripolis, den rechten Zeitpunkt für gekommen, die europäische Türkei aufzuteilen.

Die unselbige Bismarcksche Politik im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts hat es verschuldet, daß der blutige Zarismus dreißig Jahre zuvor sein Haupt erheben kann. Mit der Zerrüttung Deutschlands und dem Niederstürzen des französischen Kaiserregiments ist der Schwerpunkt der europäischen Politik von Paris nach Berlin, sondern nach Petersburg verlegt worden. Bismarck hatte sich geläufigt, wenn er glaubte, nach Zerrüttung der französischen Kaiserherrschaft alleiniger machtgeltendster Faktor in Europa zu werden. Rußland fühlt sich heute als der gewaltigste Recke auf dem europäischen Kontinent.

Durch Vostrennung Elsaß-Lothringens von Frankreich hat Bismarck erreicht, daß Deutschland über ein Menschenalter hindurch, in steter Kriegsgefahr mit Frankreich gelebt hat. Und so ist Rußland zum Gebieter über die europäische Politik emporgeschritten. So



Zu den Truppendislokationen auf der Balkanhalbinsel.

daß der russische Bär seine blutgierigen Klauen ungeniert ausstrecken kann.

Im Jahre 1874 rief der alte Moltke im Deutschen Reichstage im Vollgefühl der Großmachtsucht mit Emphase aus:

„Ohne Deutschlands Einwilligung fällt im Orient kein Kanonenschuß.“

Nun, dieses Großmachtsgefühl ist eitel zu Wasser geworden, denn kurz darauf, im Jahre 1897, donnerten im Orient die Kanonen und die russischen und türkischen Heere schlugen auf einander ein, ohne daß man bei Bismarck oder Moltke angefragt hätte.

Trotz des Berliner Vertrags von 1878, in welchem die Grenzen auf dem Balkan „reguliert“ wurden, holte sich später Österreich Bosnien und die Herzegowina, ohne sich an den Berliner Vertrag zu halten. Die nichtsagenden „Noten“, die damals unter der Diplomatie der Großstaaten gewechselt wurden, haben höchstens das eine Gute gezeitigt, daß die Bavierindustrie davon einen Vorteil hatte, denn Österreich behielt die annektierten Provinzen.

Und so hat man fortgesetzt die Völker der Balkanstaaten in Aufrregung gehalten zum Schaden aller Kultur- und alles wirtschaftlichen Aufschwungs. Ausgepowert und ausgefaßt bis auf die Knochen, strecken die Balkanvölker — in Ermangelung einer besseren Einsicht — jedem die Hand entgegen, der sich als „Vorseker“ vorstellt.

Wieder wütet die Kriegsjurie, wiederum müssen sich die Völker gegenseitig zerfleischen, um gewissenlosen Potentaten den nach Völkermord leuchtenden Sinnentzwei zu befriedigen. Die Schrednisse des Krieges zermalmen unter ihren Füßtritten blühende Länder und Gefilde. Städte und Dörfer werden durch Winter- und Kanoneneiseln zerstört und verwüstet und gehen in Flammen auf. Die arme Bevölkerung wird geplündert und ihrer arbeitsfähigen Habe beraubt, alles zur höheren Ehre wahnwitziger Despoten.

Die europäische Diplomatie hat wieder einmal Schiffbruch gelitten und ihren Bankrott zur Evidenz dargestellt. Ob in diesem Augenblicke, wo wir dies schreiben, noch andere Staaten den Krieg gegen die Türkei erklärt haben, ist bis jetzt noch nicht festzustellen. Kriegsbereit sind alle. Bis zur Stunde hat nur der Völkermord an der montenegrinischen Grenze stattgefunden und bringen wir dazu folgende Meldungen:

Der Kampf bei Podgoriza.

London, 12. Oktober. Der Spezialkorrespondent des Reuterschen Bureaus meldet unter dem 10. Oktober, 4 Uhr 40 Minuten nachmittags aus Podgoriza: Am Mittag haben die Montenegriner die türkische Befestigung Rogame in der Nähe der Stadt Tuzi genommen. Vom Schlachtfelde wurden viele Verwundete hierher gebracht; die Spitäler sind überfüllt.

London, 12. Oktober. Der Spezialkorrespondent des Reuterschen Bureaus meldet ferner aus Podgoriza unter dem 11. Oktober, 9 Uhr 20 Minuten abends: Ueber 6000 Malissa-

ren haben sich erhoben und kämpfen hinter dem Rücken der türkischen Armee. Einige Hundert von ihnen sind in Podgoriza eingezogen, um Waffen zu verlangen.

Umzingelung Tuzis.

Podgoriza, 12. Oktober. Die Stadt Tuzi ist von den Montenegriner heute nachmittag vollständig zerniert worden. Jede Verbindung der Stadt mit Skutari ist unterbrochen. Bisher haben die Montenegriner über 300 Kriegsgefangene gemacht, die nach Riflic geschafft wurden. Unter den Verletzten befinden sich viele Malissoren und türkische Soldaten.

Vom südlichen Kriegsschauplatz.

Podgoriza, 12. Oktober. Der Spezialkorrespondent des Reuterschen Bureaus meldet: Von der südlichen Armee wird gemeldet, daß die Türken gestern abend von ihren Befestigungen aus einen Gegenangriff versuchten, der aber abgeschlagen wurde. Bei der Erstürmung der Position von Rogame fiel den Montenegriner ein unbeschädigtes Kruppgeschütz mit Munition in die Hände. Bei der Erstürmung von Detschisch am zweiten Tage des Krieges hatten die Montenegriner rund 400 Verwundete und 120 Tote.

Ein türkischer Teilerfolg?

Konstantinopel, 12. Oktober. Das Kriegsministerium gibt amtlich bekannt, daß die türkischen Truppen nach erbittertem Kampf den Hügel Zaggale, der von den Montenegriner besetzt worden war, wieder erobert haben.

Danzig.

Block-Rebellion.

Die schönen Träume der kommunalen Wahlmacher von der innigen Harmonie des Bürgertums wollen sich auch trotz der nichts würdigen Heze gegen die Sozialdemokratie nicht reiflos erfüllen. Sogar der einflußreiche Verein der Gastwirte hat den Blockschwindel satt. Er ist gekränkt, weil seine Kandidaten von den leitenden Drahtziehern des Blocks abgelehnt wurden. Deshalb hat der Verein sogar beschlossen, keine Mittel für den Wahlfonds des Blocks zu geben!

Noch heftiger sträuben sich die christlich organisierten Arbeiter gegen das Blockjoch. Die noch dem Zentrum folgenden Arbeiter haben von dem Blockbündnis ganz andere Wirkungen im Rathaus erwartet. Sie sind arg dadurch enttäuscht, daß der alte Kurs der Arbeiterfeindlichkeit nach dem Blockstiege von 1910 ungeniert weiter gesteuert wurde. Sie wollten doch aber nicht bloß andere Stadtverordnete machen, sondern von der Einigkeit des christlichen Bürgertums auch praktische Vorteile haben. Ihr Wunsch, jetzt wenigstens wieder einen Kandidaten zu erhalten, wurde vorwiegend von den schwarzblauen Hausagrariern verweigert! Die sonst so schlauen Zentrumsführer haben nun ihre schwere Not, den Unmut der christlichen Arbeiter über diese zentralische Behandlung auf die bösen Freisinnigen abzuladen. Das Westpreußische Volksblatt bringt zu dem Zweck am 9. Oktober, einen Artikel mit dieser niedlichen Drohung:

Sind denn die „Wahlmacher“ so unerfahren oder so siegesgewiß, daß sie so einseitig und geradezu töricht handeln? Wieviel Wähler von der Freien Vereinigung (Großkaufmannschaft) und vom Haus- und Grundbesitzerverein kommen denn für die dritte Abteilung in Betracht? Auch die Zahl der Wähler vom Bürgerverein wird in der dritten Abteilung nicht zu groß sein. Vom Mieterverein kommt auch nur ein kleiner Prozentsatz in Betracht. Wenn sich nun die christlich-nationalen Arbeiter der Wahl enthalten würden, wäre das Schicksal der Kandidaten der bürgerlichen Parteien besiegelt — durch die eigene Schuld. Man sollte doch den Führern der dritten Abteilung nicht zumuten, gegen ihre Ueberzeugung zu wählen!

Es ist richtig, daß in der dritten Abteilung nicht lauter Arbeiter sitzen können. Wenn man aber bedenkt, daß von unserer Bevölkerung zwei Drittel dem Arbeiterstande angehören und damit die Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung vergleicht, so wird man nicht behaupten wollen, daß die Arbeiterkraft übermäßig vertreten sei. Wird mit den christlich-nationalen Arbeitern nicht noch im letzten Augenblicke eine Verständigung herbeigeführt, dann wird das Wahlergebnis der dritten Abteilung vielleicht ein anderes sein, als es die „Wahlmacher“ erwarten. Konjunkt, ihr seid gewarnt!

Das christliche Gewerkschaftsstatell hatte einige Tage vor dieser — Prophezeiung des möglichen Sieges der Sozialdemokratie versichert, daß die christlichen Arbeiter niemals für die Sozialdemokratie eintreten würden. Trotzdem knatzt dieser Artikel wieder sehr vernehmlich mit dem Revolver.

Auch am 10. Oktober läßt das Zentrumsblatt durch eine Zuschrift „eines Herrn, der dem Bürgerverein nahesteht“, erklären, daß ein durch die Verärgerung der Christlichen verursachter Sieg der Sozialdemokratie von denen zu verantworten wäre, die ihnen einen Kandidaten verweigerten. In einer Versammlung des Blocks, die am 9. Oktober in Reutahrwasser stattfand, wurde eben-

Wolfs. Man beugt sich dabei nur notgedrungen dem Willen der Regierung, die sich in dieser Hinsicht wenigstens volksfreundlicher, als die selbstlosen Menschenfreunde im Rathhause gebärdete.

Eine harte Verurteilung.

Am 3. Juli beschuldigte das schwarze Westpreussische Volksblatt, in seiner Nummer 150, den Arbeiter L., der auf den Rütgerswerken in Schelmühl arbeitete, daß er am 29. Juni den Zentrumschriften Balowski in dem christlichen Verkehrslokale von Wöike in Lauenenthal mit einem Messer verlegt hatte. Unter der üblichen verlogenen Hege zeterte das Jesuitenblatt über den sozialdemokratischen Terrorismus, der sich in der Tat gezeigt haben sollte. Es behauptete sogar, daß L. sofort verhaftet wurde. Wir beschäftigten uns wiederholt mit der Angelegenheit und besonders eingehend im Leitartikel der Nr. 57. Wir wiesen auf Grund von Informationen nach, daß der Zentrumsagitor Krause die Kausreißer der Rütgerswerke „organisiert“ hatte und daß diese dann nur vorhandenen 3 freien Gewerkschaftlern das Leben zur Hölle machten. Besonders schlecht zu sprechen waren sie auf L., der bis zum 1. April dieses Jahres dem schwarzen Verbands ein Jahr lang angehört hatte. Nach der uns gewordenen Darstellung hatten die Zentrumschriften an dem fraglichen Tage — in ihrem Lokale ereignete sich ja der Vorfall — die Freiorganisierten brüskiert. Tatsächlich war auch der bisher noch nicht bestrafte L. nicht verhaftet. Der an der Hand verlegte Balowski sollte erklärt haben, daß er den Täter nicht kenne. Wir haben uns persönlich davon überzeugt, daß einer der Freiorganisierten noch nach mehreren Tagen deutliche Spuren christlicher Bearbeitung im Gesicht trug. Das Pfaffenblatt schrieb auch selbst am 12. Juli, daß „die Krakehler derbe Hiebe bekommen hätten“. Am 10. Oktober verhandelte das Schöffengericht gegen L. Es war kein einziger Entlastungszeuge geladen. Nur Balowski, der früher in Dirschau Polizist war und dieses Amt nicht freiwillig verließ, der christliche Wirt und ein Gendarm wurden vernommen. L. stand ohne Verteidiger vor Gericht. Seine Angehörigen teilten mit, daß er seit davon überzeugt war, er müsse, weil er unschuldig sei, ohne Weiteres freigesprochen werden; deshalb hatte er auch seiner Organisation nichts von der Anklage mitgeteilt. Der Amtsanwalt forderte schon sechs Monate Gefängnis. Das Gericht ging auch darüber mit neun Monaten noch weit hinaus und beschloß dazu seine sofortige Verhaftung. Der Mann ist bisher, wie schon gesagt, noch nicht vorbestraft.

Der Verurteilte, der sich über die Tragweite dieser Erklärung kaum klar war, verzichtete auf das Recht der Berufung. Das bedauern wir aus verschiedenen Gründen. Gerade in Fällen höherer Strafe sollte das Gericht die mindestens überraschende Frage nach dem Verzicht auf die Berufung nicht stellen. Man sollte dem Angeklagten unbedingt die Zeit lassen, um diese Entscheidung zu überlegen.

Das schwarze Hegeblatt jubelt in seiner unerbittlichen Christlichkeit über die Bestrafung und läßt wieder, daß hier sozialdemokratischer Terrorismus gehandelt sei. Diese infame Hege dürfte auf die Höhe der Strafe leider nicht ohne Einfluß geblieben sein.

Eine öffentliche Kommunalwählerversammlung tagte am Sonntag nachmittag im Biergarten. Als Referent behandelte Genosse Ritsche - Elbing, geführt auf seine praktischen Erfahrungen als Stadtverordneter, das weite Gebiet der Kommunalpolitik. Mit der Darlegung der Notwendigkeiten einer wirklich dem Wohl der Gesamtheit nützenden Gemeindepolitik verband er die scharfe Kritik der Interessenwirtschaft der Besitzenden, die in den Rathhäusern üblich ist.

Zu dieser wirklich öffentlichen Versammlung waren auch die Stadtverordneten und Kandidaten des Bloks eingeladen. Es war jedoch niemand von ihnen erschienen.

Ohne Debatte endete die Versammlung mit der Aufforderung des Genossen Sellin zu reger Wahlarbeit.

Unfall.

Unter dieser Rubrik brachten wir in unserer Nummer 82 eine Notiz über einen Unfall, auf der Schichauwerft. Nach den angestellten Recherchen wollen wir uns dahin verbessern, daß dem betreffenden Monteur weder am Unfall — durch harte Arbeit — noch insofern ein Tadel treffen kann, daß der Verletzte 1 1/2 Stunde in der Bude ohne Arzt lag, da letzter selbst die Zuziehung eines Arztes nicht sofort gewollt hat. Der Monteur hat verschiedene Male nach dem Verletzten gesehen und sah sich selbst dann veranlaßt einen Wagen holen zu lassen. Auch sind die Verletzungen nicht schwerwiegend.

Aus Westpreußen.

Elbing.

Leuerungszulagen für Eisenbahnarbeiter. Auf Bahnhof Elbing erhalten vom 1. Oktober d. Js. ab die in der Stadt wohnenden Hilfsbeamten und Arbeiter eine tägliche Lohnzulage von 20 Pfennige und die außerhalb auf der Strecke wohnenden eine Zulage von 10 Pfennige. Der Grundlohn für neu einzustellende Arbeiter beträgt demnach auf Bahnhof Elbing 2,50 Mark. Hierzu kommen bei längerer Dienstzeit dann noch die Alters-, Prüfungs- und Beschäftigungszulagen. Erfreulich wäre es sicher auch für die Unterbeamten, wenn ihnen ebenfalls eine Leuerungszulage gewährt würde.

In der Elbinger N. N. lesen wir: **Elbinger Schifffahrt.** Die ostdeutsche Handelsflotte wird im nächsten Frühjahr durch einige Bauten der Elbinger Werft von Schenk & Co. einen bedeutenden Zuwachs erfahren. Im Bau sind zwei große Binnendampfer, 2 Motorboote, 1 Frachtkahn und 6 Prähme. Die beiden Dampfer sind für die Linie

Große öffentliche Volksversammlung

Sonntag, den 20. Oktober, nachm. 3 Uhr im ganzen Etablissement des Herrn Steppuhn, Schidlitz. Tagesordnung:

Her mit dem freien Wahlrecht! Nieder mit der Volksanraubung! Alle Mann auf die Schanzen! Die sozialdemokratische Parteileitung. J. A. Sellin

Königsberg — Tisfit bestellt von der neuen Königsberger Heberei Strazim & Woplus. Sie haben 45 Meter Länge und erhalten Maschinen von 100 und 130 Pferdestärken, womit sie etwa 9 Knoten laufen dürften. Ein Hochseemotorboot von 24 Meter Länge und 4,1 Meter Breite ist das größte Motorboot, das bisher im Osten erbaut ist. Das zweite Motorboot von 10 Meter Länge mit einem Rohdi-Motor Swiderski von 12 PS. ist für die Wasserbauinspektion Elbing bestimmt. Ferner sind noch auf Stapel gelegt ein Frachtstahl mit 4000 Zentner Ladefähigkeit und 6 eiserne Prähme für das Hafenaufbaumeister Memel.

Marienburg.

Magistratsitzung. Der Magistrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Bau der Trainkaserne in Marienburg-Sandhof, Erd-, Maurer- und Uphaltarbeiten, der Firma Witke in Dirschau zu übertragen, weil diese die Arbeiten am billigsten herstellen will. Was bei dieser Billigkeit für die Arbeiter herausspringt, wissen wir ja. Eine Stadterwaltung sollte sich nicht immer an das billigste Angebot halten, im Interesse der Arbeiter. Bei der zurzeit herrschenden Teuerung ist dieser Standpunkt überhaupt ohne weiteres zu verwerfen.

Dirschau.

Aufregende Schöffengerichtssitzung. Der Maler Brohki hatte sich hier wegen Mißhandlung und Beleidigung der neunzehnjährigen Stanischewski zu verantworten. Da er schon vorbestraft ist, erhielt er drei Monate und eine Woche Gefängnis. Als der Verurteilte den Verhandlungsaal verließ, schlug er die Stanischewski mit der Faust ins Gesicht. Brohki wurde sofort zurückgeholt und erhielt wegen dieser Angelegenheit vor Gericht, eine Haftstrafe von drei Tagen zudiktirt, welche sofort vollstreckt werden sollte. Hierauf zog er ein Taschenmesser und versuchte sich den Hals abzuschneiden. Er wurde gefesselt und nach dem Gefängnis abgeführt.

Thorn.

Ein Zusammenstoß zwischen einem elektrischen Straßenbahnwagen und einem Fuhrwerk eines Geflügelhändlers fand am Freitag an der Ecke Tuchmacher- und Breitestraße statt. Anscheinend war nur etwas Zaumzeug des Pferdes zerrissen. Wem die Schuld an dem Zusammenstoß beizumessen ist, war nicht ersichtlich.

Verhaftet wurden zwei Fischhändler aus Braudenz auf dem hiesigen Fischmarkt, die dem Rittergutsbesitzer Klatt über zwei Zentner lebende Karauschen gestohlen hatten. Auch wird vermutet, daß die zwei Komplizen noch zwei Einbruchsdiebstähle bei dem Fischhändler Großmann in Gottersfeld verübt haben sollen.

Kleine Nachrichten aus Westpreußen.

In der Nacht zum Freitag brachen Diebe in das St. Elisabeth-Krankenhaus in Tuchel ein. Ein Polizeihund, der auf die Spur der Einbrecher gelenkt wurde, verlor dieselbe am Bahnhof. Die Schwefel, welche die Wache hatte, soll sich auf nichts erinnern können, da sie anscheinend betäubt worden ist.

Anwendung des Enteignungsgesetzes. Wie das „Polener Tageblatt“ meldet, ist die Anwendung des Enteignungsgesetzes beschlossen worden. Es handelt sich zunächst um vier polnische Güter. Es sind dies: Goltnik, Podewils, Koldomb, im Kreise Znin, Lippinken im Kreise Schwesk. Die vier Güter umfassen zusammen 1700 Hektar.

Schloßbau. Ein renitenten Mensch ist der Arbeiter Wilhelm Richter von hier. Derselbe hat unlängst eine längere Gefängnisstrafe absolviert und drohte am Donnerstag seine Frau zu erlösen. Nur mit großer Mühe gelang es den Polizeibeamten, den Ruzel zu fesseln. Mann legte ihm die Zwangsjacke an. Er wurde nach Königs transportiert um seiner Strafe gewärtig zu sein.

Im angetrunkenen Zustande schlug ein aus einem Lokal gebrachter Knecht eine starke Scheibe der Radentür ein.

Letzte Nachrichten.

Der Kampf um Tuzi.

London, 14. Oktober. Sonnabend und Sonntag ist es an der türkisch-montenegrinischen Grenze verhältnismäßig ruhig zugegangen. Tuzi wurde am Sonntag aufgefördert, sich zu ergeben; bis jetzt ist aber noch keine Antwort eingelaufen. Die türkischen Streitkräfte liegen noch zwischen Schiptschanik und Tuzi, wo sie von der montenegrinischen Artillerie beschossen werden.

Einigkeit über die Einnahme der besetzten Anhöhen von Delisch, die etwa zwei Kilometer von der montenegrinischen Grenze liegen, sind noch immer spärlich. Nach stundenlangem Bombardement erklommen die Montenegriner die steilen Abhänge und griffen im letzten Ansturm die Türken so heftig an, daß diese nicht einmal Zeit hatten, alle ihre Kanonen zu vernageln. Die noch gebrauchsfähigen Geschütze wurden von den Montenegrinern herumgedreht und auf die fliehenden Türken gerichtet. Die Anzahl der türkischen Vermissten wird auf 300 bis 400 geschätzt. Die Montenegriner verloren 150 Tote und 350 Verwundete.

Paris, 14. Oktober.

Die offizielle Agence Havas meldet aus Belgrad vom 13. d. Mts.: Das allgemeine Gefühl ist, daß der Konflikt unvermeidlich ist. Ueberall empfindet man, daß die jetzige Lage nicht andauern kann. Der entscheidende Augenblick nähert sich. Die Aufrechterhaltung der Truppen auf dem Kriegsfuß bedeutet ein finanzielles Opfer, das nicht länger ohne Ziel und Ergebnis gebracht werden kann. Der Kriegszustand kann also bereits als bestehend angesehen werden, und die Kriegserklärung ist nur noch eine Formsache.

Sozialdemokr. Verein Elbing-Marienburg.

Donnerstag, den 17. Oktober, abends 8 Uhr im Vereinsgarten, Holzstraße 4

außerordentliche Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. Aufstellung des Reichstagskandidaten für den Wahlkreis Elbing-Marienburg.
2. Stellungnahme zum Westpreussischen Parteitag.
3. Vereinsangelegenheiten.

Die Bezirksvorstände, Hauskassierer und sonstige Funktionäre sind ganz besonders eingeladen.

Vollzähliges Erscheinen erwartet Die Parteileitung.

Die griechische Mobilisierung vollendet.

London, 14. Oktober. Die Mobilisierung der griechischen Armee soll, Athener Nachrichten zufolge, so gut wie beendet sein. In den letzten drei Tagen haben sich über 65 000 Mann gestellt, so daß die griechische Armee inklusive der Reservisten erster und zweiter Klasse jetzt angeblich 125 000 Mann stark ist. Eine große Anzahl von im Ausland, besonders in Amerika lebenden Griechen ist jedoch noch unterwegs und wird in den nächsten Tagen erwartet. Dazu kommen noch die Rekruten von 1912, so daß man, denselben Quellen zufolge, in Bälde 170 000 Mann im Felde zu haben hofft. Die ganze Armee soll gut gekleidet und ausgerüstet und mit Manlicher Gewehren versehen sein. Sämtliche Infanterieregimenter haben gut ausgerüstete Maschinengewehrabteilungen.

Bewerkschaftsbewegung.

Der Streikverzicht des Süddeutschen Eisenbahnverbandes.

Das mehr als seltsame Vorgehen des Vorstandes vom Süddeutschen Eisenbahnverband, der sich auf die Angriffe der Schwarzen und des Zentrumsministeriums in Bayern zu der famosen Erklärung herbeiließ, er verzichte auf das Streikrecht der Eisenbahner, hat anscheinend auch zu einem inneren Konflikt geführt. Der Vorstand des übrigens nicht der Generalkommission angehörenden Verbandes hat offenbar völlig selbständig gehandelt, so selbständig, daß nicht einmal die Redaktion des Verbandsorgans davon eine blasse Ahnung hatte. Denn sowohl die Nummer der vorigen Woche wie auch die zuletzt erschienene Nummer der Süddeutschen Eisenbahnerzeitung bringt keinerlei Mitteilung über die Eingabe des Vorstandes zum Streikrecht der Eisenbahner. Dafür aber hat der Genosse R o s s h a u p t e r, der Redakteur des Verbandsorgans, die Redaktion des Verbandsorgans niedergelegt. R o s s h a u p t e r, der früher selbst jahrelang Staatsarbeiter im bayerischen Eisenbahnbetriebe war, ist demnach mit dem Vorgehen des Vorstandes nicht einverstanden. Und wahrscheinlich wird auch ein großer Teil der Mitglieder den Schritt der obersten Verbandsinstanz mißbilligen. Wie geheimnisvoll übrigens der Vorstand des Süddeutschen Eisenbahnverbandes bei seinem Vorgehen gegen das Streikrecht der Eisenbahner verfahren ist, mag die Tatsache zeigen, daß während der heftigen Debatten im bayerischen Landtag am 28. September die sozialdemokratische Fraktion, und damit auch der sozialdemokratische Abgeordnete R o s s h a u p t e r, der Redakteur des Verbandsorgans, keine Ahnung von der bereits am 24. September bei der Regierung eingegangenen Eingabe hatten.

Natürlich macht sich ein Teil der bürgerlichen Presse über diese Taktik lustig. So höhnen demokratische Blätter über das „au-Kreuzer-frieden“ des Verbandes, während liberale Blätter seine Artigkeit loben und befriedigt sind über die „Einsicht“, die der „als sozialdemokratisch verschriene Verband“ zeige. Dagegen äußern die Zentrumsblätter ihre Unzufriedenheit über die „Unzulänglichkeit“ der Erklärung des Verbandsvorstandes; sie fordern, daß der Streikverzicht in das — Verbandsstatut komme! — Durcheinander konsequent. Das Organ des Zentrumsministeriums, der Bayerische Kurier sagt kurz und bündig: „Solange sich der Verband nicht statutarisch festlegt, ist mit einer solchen Deklaration nicht viel anzufangen.“ Und die Augsburgerische Postzeitung schreibt: „Zunächst darf konstatiert werden, daß das Schriftstück einen irgendwie ausdrücklichen Streikverzicht nicht enthält. Es ist in Wendungen abgefaßt, denen man es deutlich anmerkt, daß es die Absicht der Verfasser war, für gut Wetter bei der Regierung zu bitten, ohne sich auf einen formalen Verzicht festzulegen.“ Das Blatt findet es weiter auffällig, daß die Sozialdemokratie am 28. September im Landtage den scharfen Vorstoß unternommen, ohne daß mit einer Silbe dieser Eingabe gedacht worden wäre, die schon am 26. September in der Kammer eingegangen war. Dann heißt es weiter: „Wir müssen gestehen, so wenig geklärt, so widerspruchsvoll uns an der ganzen Geschichte so manches erscheint, ganz unheimlich kommt uns diese scheinbare Unabhängigkeit zwischen zwei Faktoren vor, die sich sonst durchaus nicht so fremd sind.“

Man sieht, die schwarze Regierungspresse hat für die feierliche Verzichtserklärung der Verbandsleitung nur ein ungläubig-höhnisches Lächeln. Das Zentrum will keinen „geahmten“ Süddeutschen Eisenbahnverband, sondern dessen völlige Vernichtung, um dem schwarzen Verband die Konkurrenz aus dem Wege zu räumen. Durch die Konzeption, die die Verbandsleitung den Schwarzen gemacht, hat sie gar nichts erreicht. Sie hat nur den Appetit der Herren gestärkt, die drauf und dran sind, dem Süddeutschen Eisenbahnverband das Lebenslicht auszublauen. Hoffentlich beweisen die Mitglieder des Verbandes eine bessere Einsicht in die gesellschaftlichen Verhältnisse als der Verbandsvorstand.

Schulanfang

Knaben-Anzüge	8.00	5.00	4.25	..
Knaben-Paletots	15.00	12.00	8.50	..
Knaben-Pyjacks	6.00	4.50	4.00	..
Mädchen-Kleider	6.00	5.75	5.00	..
Mädchen-Mäntel	6.00	5.00	4.50	..
Sportmützen	2.00	1.50	65	..
Schul-Cheviot, 100 cm	2.10	1.80	1.50	..
Trikot-Handschuhe	75	60	55	..
Fäustlinge	60	50	35	..

Blenles Knaben-Anzüge

die haltbarste Knabenkleidung

Bordschiffsmäßige Turnbekleidung

für Mädchen

Sofen aus Restkupons

äußerst billig

Ertmann & Perlewitz

Barzahlung 4% Holzmarkt 23, 25, 26, Ecke Breitgasse.

Hut-Bazar zum Strauß

Lawendelgasse 6/7 Lawendelgasse 6/7

gegenüber der Markthalle
Beste Bezugsquelle für

garnierte Damen- u. Kinder-Hüte

vom einfachsten bis feinsten Genre.

Spezialität: Trauerhüte

Damen-Hüte

fein garniert
von **3,45** Mk. an

Kinder-Hüte

von **2,25** Mk. an

Central-Theater

Elbings grösster
u. schönster Kino
Nur Brückstrasse 15.

Montag bis Mittwoch
der grosse Schlager

Entsagung

Koloriertes Drama in 2 Akten.
Außerdem ein reichhaltiges
Programm.

Die Direktion.

Achtung!
Genossen des 8. Bezirks!
Empfehle mich zur Anfertigung
von Schuhwaren jeder Art.
Reparaturen schnell,
sauber u. preiswert.
Alb. Jurkowski, Schuh-
Bastler Och 4.

Ein Sprechapparat zu kaufen ge-
sucht. Offerte unt. T. R. an die
Expedition der Volkswacht.
Plüschsofa, Sprechapparat fortzugs-
halber billig zu verkaufen.
Langfuhr, Labesweg 14b, 2.

Billig und gut
Ist Uhrmacher
Tischmann
Spezialwerkstatt.

Schirm-Reparaturen
sauber, schnell und billig.
Schirmfabrik
E. & B. Schlachter,
Hellige Geisgasse 141,
2. Haus am Holzmarkt.

Arbeitslose
Schiffbauer, Mieter u. Stemmer
finden dauernde Beschäftigung bei
hohem Lohn auf einer größeren
Weise werft. Offerte unt. K. H. 120
an die Expedition dieser Zeitung.
Achtung! Marienwerder. Achtung!
Ihr Leuten von der Arbeit her,
Die ihr Geld verdient sauer u. schwer,
Braucht ihr Schuh' und Stiefel stark
und fein
Kauft sie nur bei Schuhmachermeister
Eduard Rohde ein
Marienwerder Wpr., Wallstr. 8
Schuhwaren- und Stiefel-Lager.
Reparaturen schnell u. sauber.

Zahn-Praxis
Georg Haselmann, Dentist
Milkhausengasse 31 II, Eckhaus neben der Sparkasse.
Künstliche Zähne
beste Ausführung bei billigen Preisen unter Garantie
Plomben von 2 Mk. an. Zahnziehen mit örtl. Betäubung 1 Mk.
Bei Bestellung von Gebissen Zahnziehen mit Betäubung kostenlos
Reparaturen und Umarbeitungen billige Berechnung
Sprechstunden von 9 bis 7 Uhr. Sonntags bis 1 Uhr.

Der Neue Welt-Kalender
für 1913
Preis 40 Pfg., ab eingetrag. 2
Buchhandlung „Volkswacht“, Paradiesgasse 32.

Arztniederlassung.
Ich habe mich als Arzt in
Danzig-Schidlitz, Karthäuserstrasse 36
ansässig gemacht.
J. Zemke
prakt. Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer.
Sprechstunden: 8-10 und 4-6 Uhr

Elbing.
Sonntag, den 20. Oktober 1912, nachmittags 2 1/2 Uhr
Bereins-Vorstellung
: im hiesigen Stadttheater :
Die Diebin. Schauspiel in vier Akten von Mc. Vellan.
Preise der Plätze: I. Rang Vorderreihe 0,75 Mk., I. Rang Hinter-
reihe, 0,65 Mk., II. Rang Vorderreihe 0,55 Mk., Parkett 0,60 Mk.,
II. Rang Hinterreihe 0,50 Mk., III. Rang 0,25 Mk., Gallerie 0,15 Mk.
Billette sind zu haben in den Verkaufsstellen des Konsumvereins
und im Volkshaus.

Bau- u. Gewerkschaft „Volkshaus“
G. m. b. H. zu Elbing und Umgegend.
Sonntags, den 19. Oktober, abends 8 Uhr
findet im „Volkshaus“ zu Elbing eine
Außerordentliche General-Versammlung
statt.
Tagesordnung:
1. Beschlußfassung über den Saalbau.
2. Statutenänderung.
3. Geschäftsanweisung.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.
Der Aufsichtsrat: J. A.: Aug. Meyer.

Hausfrauen
die Zeiten sind schlecht und teuer, da heißt es
rechnen und sparen. Die große Masse
des arbeitenden
Volkes
kann sich bei der herrschenden Teuerung kein Fleisch
In jedem Arbeiterhaushalt bildet das
Brot
das Hauptnahrungsmittel.
Mütter und Hausfrauen kauft Brot nur
aus der
durch ihre anerkannt vorzüglichen Brotarten
sehr beliebten
Danziger Brotfabrik
G. m. b. H.
Telephon 380 **Kolkowgasse 15.** Telephon 380.

<p>Abzahlungsgehefte S. Maltenfort ELBING, Alter Markt 5 Mittel und Kontow.</p>	<p>Ercheist wöchentlich einmal Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4 Cigarrenhandlungen F. Resnerowski Schulzenstr. 27 Pflanzl. mit Backst.</p>	<p>Bezugsquellen-Verzeichnis</p>	<p>Den Lesern bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen</p>	<p>Melorelen Rob. Kobusch, Schleichgasse 18, Jul. Schell, Schüsselgasse 45. Möbelmagazine Arthur Schulz Danzig III, Damm Nr. 2 Billigste Bezugsquelle für Möbel aller Art, sowie ganzer Ausstattungen</p>	<p>Großes Schuhwarenlager Inh. Fortier Reparaturwerkst. Kl. Mühlengasse, neb. dem Pfarrhaus Arbeiter erhalten Extrarabatt. Schuhwarenhaus Tuchler Holzmarkt 19 Unerreicht billige Preise A. Krieg Neufahrwasser Olivestr. 17 Reparaturwerkstatt. Geschw. Salinger Elbing, Alter Markt 27 Sellen u. Toiletartikel Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4 Spielwaren Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4 Sprechmaschinen, Platten J. Bogusch Melzergasse 1 A. Hein, Brunnengasse 115, L. Renters, Elbing, Schulzenstr. 27 Trikotagen, Wollwaren Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4 Uhren und Goldwaren Karczewski, Junastrasse 6. S. Lewy Nachf. Uhrmacher u. Juwelier zur Breitgasse 28, Ecke Goldschmidtstr. Joh. Teske, Schüsselgasse 15. R. Schwartz Alt-Graben Reparaturen gut und billig Wilh. Link Uhrmachermeister Elbing, Fischerstr. 36 Blase-Reparaturen J. Moeck Elbing, Alter Markt 27 Uhren, Ketten, Ringe Paul Mulack Elbing, Alter Markt 1. Max Schwarz, Elbing, Wasserstr. 51. Wäsche, Weiß- u. Wollwar. Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4</p>
<p>Alkoholfreie Getränke Brandung vorrätig. Erfrischungsgetränk. Chr. Schatz Teleph. 66</p>	<p>A. Holz Nachf. Schmiedegasse 19 J. Noetzel Paradiesgasse 22 verm. u. gewerbliche Maschinen William Gräber zur Kasseb. Markt 22. Max Krause, Danzig im Hauptbahnhof auswärts ohne Spesenverehr.</p>	<p>Gelegenheitskäufe Häkergasse 10 Herzogendorferstr. Schuhwaren Herzogendorfer S. Lazarus Langfuhr Arbeiterbekleidung Mantelfabrikation Herzogendorfer Herm. Golzmann Schulzenstr. 27 Reparaturwerkstatt Schwensenz Langfuhr Arbeiterbekleidung Alb. Mahake Elbing, Alter Markt 17 auswärts nach Maß Herzogendorferstr. 10 Otto Daberkow Marienwerder, Markt 19 Herzogendorferstr. 10 Spezialität: Herzbekleidung Herz Herzogendorferstr. 10 Herzogendorfer Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4 Schmiedegasse 7 auswärts nach Maß Herzogendorferstr. 10 Kaffee, Tee, Kakao Wilhelm Ebner Telephon 654 Langfuhr 12 Mantelfabrikation Herzogendorferstr. 10 Zech's Kaffee ist der Beste Elbing Kaffee- u. Tee-Handlung Paul Nachtigal, Elbing Kaffee- u. Tee-Handlung Elbing, Fischerstr. 36 Kaffee Porzellan Gelegenheitskäufe Elbing, Fischerstr. 36</p>	<p>Johannes Schamp Elbing, Fischerstr. 43/44 Geschäftsbüro für Kartens- u. Kinderbekleidung Arbeiter-Garderoben Nähmaschinen und Fahrräder Eisse Fabrikanten Sally Bieber Stad- gebiet 48 Mantelfabrik, Kurz- und Schwären sowie kleid. Arbeitergarderoben. Kino Müllers Lichtspiele Graudenz Hauptstr. 19 Herzogendorferstr. 10 Web- u. Schneiderei Herzogendorferstr. 10 Herzogendorferstr. 10 Kohlen, Holz, Briketts E. Ebert P. Lamm, Elbing, Langfuhr 12 Kolonial- und Fettwaren Rich. Feichtert Elbing, Fischerstr. 12. Kavon-Seife zu haben Schidlitz, Karthäuserstr. 90. Otto Foth Franz Krzeminski Danzig, Elbing 27 Herzogendorferstr. 10 Herzogendorferstr. 10 Alb. Salewski Karlshofstr. 14 Alex Schalko, Fischmarkt 45 verm. Franz E. Schmalzmann Schüsselgasse 11 Karlshofstr. 14 Rob. Schulz Hauptstr. 19 A. Seifke, Schüsselgasse 11, Hauptstr. 19, Schulzenstr. 27 E. Wachtel, Schüsselgasse 11.</p>	<p>Motorelen Friedr. Dohm Produkte in bekannter Güte Niederlagen in allen Stadtteilen Musikinstr., Grammophone Danziger Sprechmaschinen u. Fahrad-Zentrale, Hundes. 33 Billigste Bezugsquelle für Abnehmer der Volkswacht Zusätzl. u. Reparaturen enorm billig Harmophen Musik- Haus Hundegasse 13 Altenmarkt 10 Marmophon-Fabrikate Paul Jäschke Hundegasse 112 Teleph. Nr. 1937 Papier- und Schreibwaren G. W. Petersen Elbing, Alter Markt 11 Herzogendorferstr. 10 Sargmagazine H. Kanthack Inh. A. Jacobi III. Damm Nr. 11, Danzig. Schirme, Stöcke, Mützen Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4 Schnelderei-Artikel Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4 Schuhwaren L. Michaelis III. Damm Nr. 6 Hellige Geisgasse 36 Arbeitslocher u. moderne Schuhwaren billig u. reparaturwerkstatt in Elbing</p>	
<p>Deutsches Bad Elbing Luisenpark, Elbing, Elbing Herzogendorferstr. 10 Herzogendorferstr. 10 Bäckereien Aug. Kuhnke, Elbing, Elbing Beerdigungsanstalten H. Herder Elbing, Elbing Berufskleidung Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4 Bettfedern von Echten Hygien. Bettfedern-Reinigung und Desinfektionsanstalt Herzogendorferstr. 10 Bierbrauereien Danziger Akt- Bierbrauerei Jahresumsatz ca. 100000 hl. Bierhandlung Gerardus u. Hubitz Graudenz, Graudenz 14-17 Hotel A. Krawinkel, Elbing, Elbing Carl Preuss, Graudenz Graudenz, Graudenz Bierhandlung Brotfabriken Danziger Brotfabrik G. m. b. H. Elbing, Elbing</p>	<p>Ercheist wöchentlich einmal Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4 Cigarrenhandlungen F. Resnerowski Schulzenstr. 27 Pflanzl. mit Backst. A. Holz Nachf. Schmiedegasse 19 J. Noetzel Paradiesgasse 22 verm. u. gewerbliche Maschinen William Gräber zur Kasseb. Markt 22. Max Krause, Danzig im Hauptbahnhof auswärts ohne Spesenverehr.</p>	<p>Gelegenheitskäufe Häkergasse 10 Herzogendorferstr. Schuhwaren Herzogendorfer S. Lazarus Langfuhr Arbeiterbekleidung Mantelfabrikation Herzogendorfer Herm. Golzmann Schulzenstr. 27 Reparaturwerkstatt Schwensenz Langfuhr Arbeiterbekleidung Alb. Mahake Elbing, Alter Markt 17 auswärts nach Maß Herzogendorferstr. 10 Otto Daberkow Marienwerder, Markt 19 Herzogendorferstr. 10 Spezialität: Herzbekleidung Herz Herzogendorferstr. 10 Herzogendorfer Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4 Schmiedegasse 7 auswärts nach Maß Herzogendorferstr. 10 Kaffee, Tee, Kakao Wilhelm Ebner Telephon 654 Langfuhr 12 Mantelfabrikation Herzogendorferstr. 10 Zech's Kaffee ist der Beste Elbing Kaffee- u. Tee-Handlung Paul Nachtigal, Elbing Kaffee- u. Tee-Handlung Elbing, Fischerstr. 36 Kaffee Porzellan Gelegenheitskäufe Elbing, Fischerstr. 36</p>	<p>Johannes Schamp Elbing, Fischerstr. 43/44 Geschäftsbüro für Kartens- u. Kinderbekleidung Arbeiter-Garderoben Nähmaschinen und Fahrräder Eisse Fabrikanten Sally Bieber Stad- gebiet 48 Mantelfabrik, Kurz- und Schwären sowie kleid. Arbeitergarderoben. Kino Müllers Lichtspiele Graudenz Hauptstr. 19 Herzogendorferstr. 10 Web- u. Schneiderei Herzogendorferstr. 10 Herzogendorferstr. 10 Kohlen, Holz, Briketts E. Ebert P. Lamm, Elbing, Langfuhr 12 Kolonial- und Fettwaren Rich. Feichtert Elbing, Fischerstr. 12. Kavon-Seife zu haben Schidlitz, Karthäuserstr. 90. Otto Foth Franz Krzeminski Danzig, Elbing 27 Herzogendorferstr. 10 Herzogendorferstr. 10 Alb. Salewski Karlshofstr. 14 Alex Schalko, Fischmarkt 45 verm. Franz E. Schmalzmann Schüsselgasse 11 Karlshofstr. 14 Rob. Schulz Hauptstr. 19 A. Seifke, Schüsselgasse 11, Hauptstr. 19, Schulzenstr. 27 E. Wachtel, Schüsselgasse 11.</p>	<p>Melorelen Friedr. Dohm Produkte in bekannter Güte Niederlagen in allen Stadtteilen Musikinstr., Grammophone Danziger Sprechmaschinen u. Fahrad-Zentrale, Hundes. 33 Billigste Bezugsquelle für Abnehmer der Volkswacht Zusätzl. u. Reparaturen enorm billig Harmophen Musik- Haus Hundegasse 13 Altenmarkt 10 Marmophon-Fabrikate Paul Jäschke Hundegasse 112 Teleph. Nr. 1937 Papier- und Schreibwaren G. W. Petersen Elbing, Alter Markt 11 Herzogendorferstr. 10 Sargmagazine H. Kanthack Inh. A. Jacobi III. Damm Nr. 11, Danzig. Schirme, Stöcke, Mützen Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4 Schnelderei-Artikel Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4 Schuhwaren L. Michaelis III. Damm Nr. 6 Hellige Geisgasse 36 Arbeitslocher u. moderne Schuhwaren billig u. reparaturwerkstatt in Elbing</p>	<p>Großes Schuhwarenlager Inh. Fortier Reparaturwerkst. Kl. Mühlengasse, neb. dem Pfarrhaus Arbeiter erhalten Extrarabatt. Schuhwarenhaus Tuchler Holzmarkt 19 Unerreicht billige Preise A. Krieg Neufahrwasser Olivestr. 17 Reparaturwerkstatt. Geschw. Salinger Elbing, Alter Markt 27 Sellen u. Toiletartikel Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4 Spielwaren Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4 Sprechmaschinen, Platten J. Bogusch Melzergasse 1 A. Hein, Brunnengasse 115, L. Renters, Elbing, Schulzenstr. 27 Trikotagen, Wollwaren Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4 Uhren und Goldwaren Karczewski, Junastrasse 6. S. Lewy Nachf. Uhrmacher u. Juwelier zur Breitgasse 28, Ecke Goldschmidtstr. Joh. Teske, Schüsselgasse 15. R. Schwartz Alt-Graben Reparaturen gut und billig Wilh. Link Uhrmachermeister Elbing, Fischerstr. 36 Blase-Reparaturen J. Moeck Elbing, Alter Markt 27 Uhren, Ketten, Ringe Paul Mulack Elbing, Alter Markt 1. Max Schwarz, Elbing, Wasserstr. 51. Wäsche, Weiß- u. Wollwar. Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4</p>